



AUS UNSERER ARBEIT 2016

Wir mischen uns ein!

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Verantwortung bedeutet
Engagement

SCHWERPUNKT

Transformation der Gesellschaft.
Den Wandel gestalten.

ARBEIT & SOZIALES

Arbeiten im Zeitalter
von Industrie 4.0

LÄNDLICHER RAUM

Die komplexe Bedeutung
der Biodiversität

UMWELT & DIGITALE WELT

Zukunftsfähiger und umweltverträglicher
Luftverkehr in Deutschland

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Öffentliche Auseinandersetzung
über TTIP und CETA

Inhalt

VORWORT 3

SCHWERPUNKT

Dr. Brigitte Bertelmann, Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Transformation der Gesellschaft. Den Wandel gestalten. 4

Dr. Brigitte Bertelmann, Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Share Economy: Die Ökonomie des Teilens 6

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Dr. Brigitte Bertelmann
Intensive Auseinandersetzungen über TTIP und CETA:
Lernprozess und Herausforderung 8

Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Sonntagsschutz ist Freiheitsschutz 10

ARBEIT & SOZIALES

Marion Schick
Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zur Integration –
für Langzeitarbeitslose ebenso wie für Flüchtlinge 12

Heike Miehe
Arbeiten im Zeitalter von Industrie 4.0 14

Dr. Julia Dinkel
Europa. Quo vadis? 16

UMWELT & DIGITALE WELT

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Zwillinge oder feindliche Geschwister?
Nachdenken über Umwelt und digitale Welt 18

Kathrin Sauthof
Klima- und Umweltschutz konkret:
Wie kirchliche Einrichtungen auf dem Weg zum
nachhaltigen Kirchenalltag unterstützt werden 20

Pfarrer Hans Ulrich Reitzel
Zukunftsfähiger und umweltverträglicher Luftverkehr
in Deutschland:
(Auch) eine kommunikative Herausforderung 22

Michael Grunewald
E-Partizipation und die reale Welt:
Jugendliche beteiligen sich an Kommunalpolitik 24

LÄNDLICHER RAUM

Dr. Maren Heincke
Die komplexe Bedeutung der Biodiversität 26

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Michael Grunewald, Annika Gramoll, Matthias Faber
Verantwortung bedeutet Engagement 29

AUS DER REGION

Winfried Kändler
„Miteinander gerecht leben“ –
ein Forum zu globalen und lokalen Herausforderungen 31

Pfarrerin Anette Bill
Raus aus der Warteschleife: Rein in die Probierwerkstatt 32

STREIFLICHTER 34

SPEZIALVIKARIAT IM ZGV

Mirko Webler
Verantwortung gegenüber der Welt
und Gottes Schöpfung 39

Matthias Faber
Moderne Jugendarbeit braucht Medienpädagogik 40

PERSONALIEN 41

ADRESSEN 42

IMPRESSUM 43

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts vielfältiger Herausforderungen in der Gesellschaft können die Kirchen der Reformation nicht einfach schweigen. Der bayerische Finanzminister Markus Söder irrt, wenn er von den „Kirchen mehr Engagement für Glauben statt Politik“ fordert. Engagement für das eine ist nicht ohne Engagement für das andere zu haben. Als hoffnungsstiftende und orientierende Lebenskraft im Alltag der Welt bezieht sich der Glaube nicht nur auf das je individuelle, sondern auch auf das öffentliche Leben, die Gesellschaft, ihre Strukturen und Verhältnisse. Individualität und Sozialität, Selbstverantwortung und gesellschaftliche Verantwortung sind nach christlichem Verständnis immer aufeinander bezogen. Es gehört geradezu zum Selbstverständnis und zu den Bildungszielen reformatorischer Theologie, dass auch evangelische Christinnen und Christen als dynamische Akteure Verantwortung für das Ganze der Gesellschaft übernehmen, sich einmischen, für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung streiten. Wenngleich, um die Vorläufigkeit, Fehlerhaftigkeit und Begrenztheit allen politischen Handelns wissend.

Ganz im Sinne dieses „reformatorischen Erbes“ haben sich auch im letzten Jahr hauptamtlich Mitarbeitende des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (s. S. 4 – 28), aber auch Fachkolleginnen und Kollegen in den Regionen unseres Kirchengebietes (s. S. 31 – 33) auf vielfältige Weise mit gesellschaftlich relevanten Themen befasst und nach dienlichen Beiträgen der Kirche gefragt. Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände halten auch weiterhin ihre Forderung nach einer moralisch fundierten und an Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierten Gesellschaftsordnung aufrecht. Gerechte Teilhabe-, Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Menschen bilden dabei einen wichtigen Bestandteil.

Christlicher Glaube ist nicht ohne Verantwortung und gesellschaftliches Engagement zu haben. Doch was ist, wenn sich mitten in diesem Engagement eine andere Erfahrung einstellt? Wenn Ereignisse und/oder Rahmenbedingungen einem den Atem stocken lassen? Wenn Ohnmacht, Ratlosigkeit und Verzweiflung Raum greifen? Auch das letzte Jahr ist geprägt davon! Der Terror und die Gewalt in Aleppo, in Istanbul oder Berlin ge-

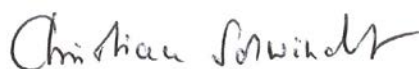
hören wohl zu den traurigsten Beispielen für diese kollektive oder individuelle Erfahrung.

Das biblische Wort der Jahreslosung des vergangenen Jahres steht im Kontext solcher „trostlosen“ Erfahrungen. Mitten hineingesprochen in das Trostlose der Welt ist die tröstende Zusage gesprochen: „Gott spricht: Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet“ (Buch des Jesaja Kapitel 66 Vers 13). Hier wird nicht vertröstet, nach dem Motto „Alles halb so schlimm“. Das wäre angesichts der vielen Menschen, die auch in 2016 einen schweren Schicksalsschlag erlitten haben, Not und Vertreibung erleben mussten, am Rande der Gesellschaft ohne Arbeit leben oder aufgrund von Gewalt und Terror ratlos sind, zynisch.

Der Prophet Jesaja, der sein Wort an nach Babylonien verschleppte Juden richtete, erinnert an eine Erfahrung, die Kinder mit ihren Müttern (und auch Vätern) machen können, wenn es gut geht. Sie stehen zur Seite, nehmen Leid und Not der Kinder ernst, manchmal ohne Worte nur mit einer bergenden Geste. So ist auch Gott, besonders dann, wenn alles zwischenmenschliche Trösten an seine Grenzen gekommen zu sein scheint. Er ist da in aller Not, hat uns seinen Tröster, seinen lebendig machenden und darum heiligen Geist, zugesagt. Die Gegenwärtigkeit erschreckender Ereignisse und Verhältnisse ist in dieser Glaubensperspektive nicht das Übermächtige und Letzte, was über unsere Welt zu erfahren ist. Der oft lähmenden Macht „trostloser Ereignisse“ wird damit nicht Recht gegeben.

Trost kann Leiden und Not nicht aufheben. Aber durch Trost verlieren wir uns nicht in Angst und Schrecken. Die Hinwendung zu „Gott allen Trostes“ kann neue Kraft schenken, den Weg frei machen für neue Wege und gestärktes Engagement.

Ihr



Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt

Leiter des Zentrums
Gesellschaftliche Verantwortung



Transformation der Gesellschaft. Den Wandel gestalten.

Der ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben“ sucht nach Wegen, wie Kirche zu einer Kultur der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes beitragen kann.

Kirchen wie die EKHN haben integrierte Klimaschutzkonzepte entwickelt und machen zunehmend Klimaschutz zum Prinzip ihres Handelns, bis hinein in Haushaltsgrundsätze und Richtlinien für die Geldanlage.



von: Dr. Brigitte Bertelmann und Pfarrer Dr. Ralf Stroh,
Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

➔ b.bertelmann@zgv.info ➔ r.stroh@zgv.info

Am 4. November 2016, knapp ein Jahr nach dem Ende der Pariser Klimakonferenz, trat der neue internationale Klimavertrag in Kraft. Die Voraussetzung dafür wurde durch die Ratifizierung des Vertrages durch China und die USA geschaffen. Ziel der Verhandlungspartner war es, eine Vereinbarung zu erreichen, die von vielen Ländern mitgetragen und sie zu weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen bewegen würde.

Mit welchen Maßnahmen die einzelnen Länder dazu beitragen wollen, durch eine drastische Reduzierung der Emissionen klimaschädlicher Gase die Erderwärmung auf unter zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, bleibt diesen weitgehend überlassen.

Der Mensch ist Verursacher des Klimawandels

Entscheidend ist: Mit dem Pariser Klimavertrag hat die internationale Staatengemeinschaft Klimastabilität grundsätzlich als globales Gemeingut anerkannt und sich zur gemeinsamen Verantwortung für den Klimaschutz bekannt. Gleichzeitig wurde bestätigt, dass mit dem auf fossile Energie gestützten globalen Wirtschaftswachstum Ausmaß und Intensität der menschlichen Eingriffe in geophysikalische und geökologische Prozesse so

stark gewachsen sind, dass der Mensch selbst zur geologischen Kraft wurde und damit ein neues Zeitalter eingeläutet hat. Das zuerst 2002 von dem Chemiker und Nobelpreisträger Paul Crutzen als Anthropozän bezeichnete Zeitalter unterscheidet sich von früheren Epochen dadurch, dass die von Menschen ausgelösten Veränderungen in globalem Ausmaß stattfinden. Die Menschheit steht damit vor einer Herausforderung nie gekannten Ausmaßes. Die bisher zugesagten, freiwilligen Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus, um das erklärte Ziel zu erreichen.

Neuer Gesellschaftsvertrag ist nötig

Zahlreiche Wirtschafts- und Naturwissenschaftler haben inzwischen erkannt, dass dieser Situation nicht mehr mit politischen Vereinbarungen, technischem Fortschritt

und Appellen allein wirksam begegnet werden kann. Veränderungen im erforderlichen Umfang seien nur dann möglich, wenn sich auch das derzeit maßgeblich von Individualisierung, Wettbewerb und materialistischem Wachstumsstreben geprägte Denken ändert. Erforderlich sei ein Kulturwandel bzw. – so der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) – ein neuer Gesellschaftsvertrag. Hierbei wird den Kirchen eine besondere Verantwortung zugeschrieben. So stellt das Gutachten fest, dass der erforderliche Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht primär ein politisch-technisches Problem sei, sondern eine Frage von „Gefühlen, Werten, Weltbildern und Gesellschaftsvisionen“ (Wolfgang Sachs).

Selbst denken und ausprobieren

Die Träger des ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“, zu denen die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, vertreten durch das ZGV, von Anfang gehörte, nehmen die Herausforderung an. Sie sehen Kirchen mit ihren Verbänden und Werken als wichtige Gestalter der Transformation zur Nachhaltigkeit. Dabei gibt es für diesen Prozess keinen fertigen Plan und keine globale Steuerungszentrale. Vielmehr geht es um einen gemeinsamen Suchprozess, denn ein kultureller Wandel kann nicht verordnet werden. Er entwickelt sich dadurch, dass Menschen im kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben bereit sind, Neues auszuprobieren und dabei auch bestehende Dogmen in Frage zu stellen. Dazu gehören kritiklos übernommene Selbstverständlichkeiten der ökonomischen Theorie, wie die Behauptung, dass wirtschaftliches Wachstum auch zukünftig Voraussetzung und Garant für allgemeinen Wohlstand sei oder die sozialpsychologische These, dass der Mensch nur im Wettbewerb und bei Ungleichheit motiviert sei zu Anstrengung und produktiver Kreativität.

Gemeinwohl als Orientierung für Wohlstand

Diese Thesen haben zwar in Teilen bereits an Strahlkraft und Überzeugungs-

fähigkeit verloren. In Krisenzeiten und angesichts von Verlustängsten, bleibt die Neigung aber stark, sich auf Bekanntes zurückzuziehen und den scheinbar bewährten Wegen weiter zu folgen; gleichzeitig werden Wohlstand und ein gutes Leben nicht mehr ohne Weiteres gleichgesetzt mit Wachstum. Mehrere europäische Länder haben Indizes für Wohlstand und Nachhaltigkeit entwickelt, die zwar das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als Bezugsgröße noch nicht ersetzt haben, aber als wichtige Orientierung für Politik anerkannt sind (z. B. der Nationale Wohlfahrtsindex). Ebenso zeigen Unternehmen, die neben ihrer kaufmännischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz erstellen, dass nachhaltiges, gemeinwohlorientiertes unternehmerisches Handeln nicht im Widerspruch stehen muss zu Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit.

Klimaschutz als Prinzip des Handelns

Kirchen wie die EKHN haben integrierte Klimaschutzkonzepte entwickelt und machen zunehmend Klimaschutz zum Prinzip ihres Handelns, bis hinein in Haushaltsgrundsätze und Richtlinien für die Geldanlage. Klimamanagerinnen und -manager beraten und unterstützen Gemeinden, Dekanate und kirchliche Einrichtungen, die ihr Gebäudemanagement, ihr Mobilitätsverhalten und ihre Beschaffungsrichtlinien nachhaltiger ausrichten wollen. Die Träger des ökumenischen Prozesses laden insbesondere kirchlich engagierte Menschen ein, dabei nicht stehen zu bleiben, sondern mit den hier gesammelten Erfahrungen weiter zu gehen, um die zahlreichen einzelnen Maßnahmen zusammenzuführen und zu einer Kultur der Nachhaltigkeit zu verdichten. Der WBGU sieht in seinem Gutachten von 2011 eine solche Kultur der Nachhaltigkeit als Verbindung „einer Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung), einer Kultur der Teilhabe (aus demokratischer Verantwortung) sowie einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).“

So, wie der Klimawandel bei einer Politik des „Weiter so“ alle Menschen und Lebensbereiche mit seinen negativen Folgen weltweit treffen würde, wird eine

Transformation zu einer Kultur der Nachhaltigkeit Auswirkungen für die Menschen in allen Ländern und allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Zusammenleben mit sich bringen.

Auf dem Weg zu einer Transformationsdekade

Im Rahmen eines Symposiums im April 2016, zu dem die Träger des ökumenischen Prozesses eingeladen hatten, wiesen Uwe Schneidewind und Klaus Töpfer auf die Bedeutung des „Bildervorrates der Kirchen“ (Schneidewind) und das „relevante Zukunftswissen“ (Töpfer) der christlichen Erzählungen und biblischen Texte hin. Es gelte diese genauso wie die Erfahrungs- und Praxisräume, die Kirche ohne Privatisierung und Kommerzialisierung zur Verfügung stellen könne, zu nutzen. Entscheidend ist aber das Verständnis, was Religion für die Lebensführung der Menschen bedeutet und dass es menschengemäß ist, Religion und das in der Spiritualität verborgene Gestaltungspotenzial zu einem Teil der Lösung werden zu lassen (Wolfram Stierle, Ökonom und Theologe).

Dazu sollen auch die für 2017 geplanten und vorbereiteten Symposien im ökumenischen Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ dienen. Sie sollen Impulse für eine Transformationsdekade geben, die in die Gesellschaft hinein wirkt. Das beinhaltet auch die Überprüfung kirchlicher Strukturen, die den gesellschaftlichen Herausforderungen des Anthropozäns nicht angemessen sind. Dabei ist zu vermeiden, dass kirchlich/diakonisches Handeln wie auch dasjenige in Politik und Verwaltung soziale Belange aus der Umweltpolitik ausklammert oder umgekehrt in der Sozialpolitik ökologische Ziele vernachlässigt werden. Die Einladung, Genuss mit Genügsamkeit zu verbinden, steht natürlich quer zur üblichen Wachstumsideologie. Dabei darf die Perspektive auf Genügsamkeit jedoch nicht gegen die Bedürfnisse von Menschen, die auf Arbeitsplätze und Einkommen angewiesen sind, ausgespielt werden.

Christinnen und Christen können ihre materiellen und spirituellen Ressourcen für eine Kultur der Nachhaltigkeit einsetzen. ■

Share Economy: Die Ökonomie des Teilens

Der Mensch ist das Maß des Wirtschaftens. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. In der Praxis verliert der Mensch sich selbst allerdings immer wieder aus dem Blick – nicht nur im Bereich der Wirtschaft. Die Share Economy ist ein aktueller Versuch, die Perspektive des Wirtschaftens wieder zurechtzurücken. Insofern ist sie auch für das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN von Interesse, zu dessen Arbeitsgebieten auch der Bereich Wirtschaft und Finanzpolitik gehört.

von: Dr. Brigitte Bertelmann und Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↻ b.bertelmann@zgv.info ↻ r.stroh@zgv.info



Die Palette der Share Economy ist bunt und unübersichtlich. In seinem Vortrag im Rahmen des Forums Kirche Wirtschaft Arbeitswelt im ZGV unterschied Dr. Julian Dörr von der Universität Siegen zwischen Unternehmen mit Gewinnabsicht und solchen ohne. Immer gehe es aber um ein teilendes Überlassen von Waren oder ein zeitlich begrenztes Anbieten eigener Dienstleistungen, so Dörrens Beschreibung von

Share Economy. Den Unterschied zu früheren Formen des Teilens sieht er in der Digitalisierung. Ohne sie wäre die neue Ökonomie des Teilens nicht möglich.

Dabei reichen manche ihrer Einsichten zurück bis weit in die Vergangenheit. Bei vielen ihrer Projekte sind deutliche Anklänge erkennbar an die Genossenschaftsidee des 19. Jahrhunderts. Die Anerkennung der „Idee und Praxis der Organisation von gemeinsamen Interes-

sen in Genossenschaften“ als immaterielles Weltkulturerbe der Unesco beweist, dass Share Economy in dieser Form nicht nur musealen, sondern in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung durchaus auch gesellschaftlichen Wert besitzt.

Share Economy moralisch unbedenklich?

Da es jedoch nicht „die“ Share Economy gibt, sondern nur eine immer unübersichtlicher werdende Vielfalt von Unternehmungen, die unter diesem Siegel firmieren, muss man in jedem einzelnen Fall prüfen, was genau das leitende Interesse und der gesellschaftliche Effekt ist.

Fast immer wird behauptet, es handle sich um die moralisch unbedenkliche Umsetzung von Effizienz. Oft ist dies auch tatsächlich das Ziel. Zuweilen verbergen sich unter diesem Titel aber auch durchaus ambivalente Geschäftsmodelle.

Die Bandbreite der Share Economy reicht von Internetplattformen wie „couchsurfing“, die weltweit kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten mit Familienanschluss vermittelt, bis zum Marktführer „Airbnb“, der global Zimmer oder Wohnungen gegen Vermittlerprovision anbietet.

Wettbewerbsverzerrung verhindern

Das gegenwärtig drängendste Problem: Kommerzielle Anbieter wie „Airbnb“ oder der Taxidienst „Uber“ sind nur vermittelnd tätig und unterliegen daher in der Regel nicht den branchenüblichen Gesetzen und Vorschriften. „Uber“ beispielsweise vermittelt den Transport von Personen und Gütern durch Privatpersonen, die sich nicht an das Personenförderungsgesetz oder die Preisbindung halten müssen. Das Unternehmen zahlt für die Fahrer keine Sozialversicherungsbeiträge. Das ganze Risiko im Krankheitsfall oder bei einem Unfall trägt der „Mikrounternehmer“. Dadurch hat das formal nur als Vermittler auftretende Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber all denen, die sich an die für Taxiunternehmen geltenden Gesetze und Vorschriften halten müssen. Hier sieht der Wirtschaftswissenschaftler Dörr Regelungsbedarf, um Wettbewerbsverzerrung und Ausbeutung von Dienstleistern zu verhindern.

Es gibt aber auch kommerzielle Unternehmen, die mit ihrem Geschäftsmodell eine gesellschaftspolitische Vision verfolgen. Udo Mielke, Gründer von book-n-drive, startete sein Unternehmen mit der Idee „Mehr Spielplätze statt Parkplätze“. Mit seinem Carsharing-Unternehmen will er dazu beitragen, dass es weniger Autos auf den Straßen gibt und möglichst viele Menschen auf ein eigenes Auto verzichten. Er strebt ein Verkehrskonzept an, das verschiedene Arten der Fortbewegung miteinander verbindet: Den öffentlichen Nahverkehr, das Fahrrad und das Auto. Deshalb kooperiert er mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund und unterstützt die Internetplattform flinkster bei ihrer Kampagne „2 pro Auto“. Derzeit fahren 800 Autos von book-n-drive im Rhein-Main-Gebiet. Waren die Kundinnen und Kunden vor 10 Jahren noch zwischen 45 und 50 Jahre alt, hat sich der Altersdurchschnitt inzwischen deutlich gesenkt. Heute sind sie zwischen 30 und 35 Jahre alt. Nicht zuletzt die gesellschaftliche Diskussion der Finanzkrise machte die Idee „Teilen statt Haben“ in jüngeren Bevölkerungsschichten populär.

Auch Ökonomie des Teilens ist Ökonomie

Dass diese Idee dann aber in beeindruckender Geschwindigkeit auch breitenwirksam werden konnte, verdankt sie ihrer Einbindung in die digitale Welt. Erst jetzt können kleine Unternehmen und sogar Privatpersonen ohne größeren Aufwand ihre Dienstleistungen und Waren auf einem globalen Markt anbieten. Und aufgrund der geringen Mühe, die damit verbunden ist, gibt es kaum noch eine Eingrenzung dessen, was auf diese Weise zu Märkte getragen werden kann. Nahezu alle Bestände, sogar des privaten Lebens, können im Rahmen der Share Economy inzwischen auf ihre Vermarktbarkeit hin betrachtet und auch tatsächlich als Waren benutzt werden.

Darin erweist sich, dass die Share Economy, die Ökonomie des Teilens, letztlich eben Ökonomie ist. Das Teilen, das hier stattfindet, ist kein Teilen jenseits und unabhängig von Ökonomie und Markt. Es verläuft nach der Logik des Wirtschaftens, nicht nach der Logik des Schenkens. Nur wenn dies anerkannt wird und die Unterschiede zwischen



Dr. Julian Dörr (Bild oben), Workshops beim Forum Kirche, Wirtschaft, Arbeitswelt (Bilder Mitte und unten).

beiden Lebensvollzügen nicht verdrängt werden, lassen sich die Chancen wie auch die Grenzen der Share Economy realistisch einschätzen. Auch die Share Economy kann nur dann den Menschen im Blick behalten und sich an ihm orientieren, wenn sie der Versuchung widersteht, das ganze Leben aus ihrer Perspektive zu betrachten und alle Güter, die zur *conditio humana* gehören, auf die Funktion von marktfähigen Gebrauchsgütern zu reduzieren.

Genau diese umfassende Perspektive auf das Ganze des menschlichen Lebens ist der Beitrag, den die kirchliche Arbeit im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN zur Besinnung nicht nur in Bezug auf die Share Economy, sondern in Bezug auf jegliches Wirtschaften beisteuert. Sie ermutigt Einzelne, aber auch gesellschaftliche Gruppen, dazu, sich nicht auf eine bestimmte Rolle oder gesellschaftliche Funktion reduzieren zu lassen, sondern das Ganze ihrer Lebenswirklichkeit für die Entscheidungen in

ihren jeweiligen Rollen und Funktionen fruchtbar zu machen. Nur so können diese Entscheidungen wirklichkeitsnah getroffen werden und dem Leben dienen, so wie es wirklich ist.

Ein solcher ganzheitlicher Blick könnte auch neue Lernprozesse für den Umgang mit regionalen und globalen Gemeinschaftern anstoßen und die Bereitschaft stärken, neue gemeinsame Regeln zu entwickeln für die gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen wie Klimastabilität, Biodiversität, die Weltmeere sowie manche Süßwasserreservoirs und wertvolle Ackerböden. Ihr Wert kann nicht allein durch Marktpreise, die auf individuelle oder betriebliche Nutzung zielen, erfasst werden, da sie überwiegend kein Privateigentum im herkömmlichen Sinn darstellen. Vor allem müssen Instrumente entwickelt werden, die auch negative (ökologische oder soziale) Effekte für Dritte oder die Allgemeinheit kostenwirksam in politische und unternehmerische Entscheidungen einbeziehen. Wie schwierig dies in der Praxis sein kann, macht der misslungene Versuch, durch Emissionszertifikate den CO₂-Ausstoß wirksam zu reduzieren, deutlich.

In Veranstaltungen wie dem Forum Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt, das jährlich vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung ausgerichtet wird, wird der Versuch unternommen, unterschiedliche gesellschaftliche Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen. Dabei geht es nicht um das Aushandeln von Kompromissen in aktuellen gesellschaftlichen Streitfragen, sondern um die gemeinsame Betrachtung der alle Beteiligten verbindenden Lebenswirklichkeit im Blick auf ein gesellschaftlich interessantes Themenfeld – wie zum Beispiel die Share Economy. Gerade weil unser gesellschaftliches Leben arbeitsteilig organisiert ist und sich immer kleinteiliger in gesellschaftliche Milieus ausdifferenziert, bedarf es Formen der gemeinsamen Verständigung über jenes Leben, das aller Ausdifferenzierung zugrunde liegt und alle verbindet, die an einem Ort, in einem Land, auf einem Planeten zusammenleben. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz bietet dafür seit zehn Jahren in seinen Veranstaltungen den Raum und lädt ein, sich dafür die nötige Zeit zu nehmen. ■

Intensive Auseinandersetzungen über TTIP und CETA: Lernprozess und Herausforderung

Die Demonstrationen am 17. September 2016 waren der Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen mit den transatlantischen Handelsabkommen. Der Fokus im Herbst 2016 lag, im Gegensatz zu früheren Aktionen, diesmal auf dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada, dessen Unterzeichnung für Ende Oktober geplant war.



von: Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↪ b.bertelmann@zgv.info

Unmittelbar vor dem entscheidenden Parteikonvent der SPD und wenige Tage vor dem Treffen des Rats der europäischen Handels- und Wirtschaftsminister fanden in sieben deutschen Städten Großdemonstrationen gegen die transatlantischen Handelsverträge statt. An die 200.000 Menschen brachten damit ihre Kritik an Verträgen zum Ausdruck, die als Vorbild für die zukünftige weltweite Handelspolitik gesehen werden und auf weitreichende ordnungspolitische und rechtliche Regelungen zielten. Nach Einschätzung auch zahlreicher haupt- und ehrenamtlich Engagierter aus der EKHN, die in Frankfurt dabei waren, bieten sie in der zu diesem Zeitpunkt bekannten Form keine Gewähr für nachhaltigen, fairen, globalen Handel, den die EKD sowie der ÖRK seit Jahren als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung fordern.

Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung mit CETA

Durch die Ablehnung Walloniens war die Zustimmung Belgiens lange fraglich. In Deutschland musste die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in Bezug auf Klagen von über 125.000 Klägerinnen und Klägern abgewartet werden. „Nein zu CETA“ war die größte Verfassungsbeschwerde, die es in Deutschland jemals gab. Mit ihr sollte durch eine einstweilige Anordnung erreicht werden, dass der zuständige Vertreter Deutschlands im Rat CETA nicht zustimmen könne und falls dies nicht möglich wäre, dass die Zustimmung zur vorläufigen Anwendung verweigert werden muss.

Beides hat das BVerfG zurückgewiesen, seine Entscheidung aber mit wesentlichen Auflagen verbunden: Die Bundesregierung müsse sicherstellen, ...

- dass ein Ratsbeschluss über die vorläufige Anwendung nur die Bereiche von CETA umfassen wird, die unstrittig in der Zuständigkeit der Europäischen Union liegen,
- dass bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache eine hinreichende demokratische Rückbindung der im Gemischten CETA-Ausschuss gefassten Beschlüsse gewährleistet ist, und
- dass die Auslegung des Art. 30.7 Abs. 3 Buchstabe c CETA eine einseitige Beendigung der vorläufigen Anwendung durch Deutschland ermöglicht.



Dabei bezog das Gericht nicht allein rechtliche, sondern auch politische Überlegungen in seine Entscheidung mit ein. Neben den zu wahrenen Rechten der Beschwerdeführer und den Mitwirkungsrechten des Deutschen Bundestages ging es darum, Schaden von der Allgemeinheit abzuwenden, sollte sich eine Ablehnung in der Hauptsache später als unbegründet erweisen. In diesem Fall sah

das Gericht sowohl für Deutschland als auch für die EU die Gefahr einer erheblichen und in ihren Folgen schwerwiegenden Beeinträchtigung für die politische Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit nicht nur in Bezug auf die Gestaltung von Handelsverträgen.

Verbindlichkeit der Zusatzvereinbarung weiter angezweifelt

Wesentlich für die Zustimmung mehrerer Länder war schließlich eine Zusatzklärung, die als „gemeinsames Auslegungsinstrument“ zum Zeitpunkt der Unterzeichnung vorgelegt wurde. Mit ihr soll noch einmal für wesentliche Kritikpunkte (Erhalt des Regelungsrechts der Vertragsparteien z. B. in Bezug auf Gesundheits-, Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz, Schutz der Privatsphäre, die Förderung von Bildung und der Schutz kultureller Vielfalt) bestätigt werden, dass dies im europäischen Sinne interessewährend geregelt ist. Ob der im CETA vereinbarte Schutz und die sichere Gewährung des Regulierungsrechts in Bezug auf öffentliche Dienstleistungen, öffentliche Auftragsvergabe und soziale Sicherung ausreicht, wird von Kritikern jedoch nach wie vor bezweifelt. Insgesamt wird die Verbindlichkeit und formale Wirksamkeit der Zusatzklärungen noch vielfach in Frage gestellt.

Auch in Bezug auf den Investitionsschutz und das vereinbarte Schiedsgericht bleiben Zweifel, ob damit tatsächlich die „gerechte und billige Behandlung“ in gleicher Weise für alle Marktteilnehmer



Demonstration gegen CETA
im September 2016 in
Frankfurt am Main.

gewährleistet ist. Die Zusatzklärung verweist darauf, dass CETA das erste Abkommen ist, das ein Rechtsmittelverfahren (Berufungsinstanz) vorsieht und in besonderer Weise die Qualifikation und Neutralität der bestellten Richter gewährleistet. CETA bedeute „einen wichtigen, radikalen Wandel der Investitionsvorschriften und Streitbeilegung“. Die EU und Kanada sehen darin die Grundlage für multilaterale Bemühungen zur Weiterentwicklung eines Konzepts für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zu einem multilateralen Investitionsgerichtshof, der jedem Land, das sich zu den hier festgelegten Grundsätzen bekennt, offenstehe. Sobald eine kritische Masse an Teilnehmern erreicht sei, sollten bilaterale Systeme aufgelöst und durch diese multilaterale Einrichtung ersetzt werden. Mit der Einrichtung eines solchen Schiedsgerichts würde einer Reihe formaler Kritikpunkte an der bisherigen Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit Rechnung getragen. Die grundsätzliche Kritik, dass zwischen Partnern wie der EU und Kanada mit rechtsstaatlichen Strukturen und einer funktionierenden Gerichtsbarkeit keine Sondergerichte für ausländische Investoren erforderlich seien und diese sogar eine Benachteiligung für inländische Unternehmen darstellen können, ist damit allerdings nicht ausgeräumt.

Auseinandersetzung mit Handelsabkommen war ein europäischer Lernprozess

Festgestellt werden kann dennoch, dass durch das Engagement von Millionen von

europäischen Bürgerinnen und Bürgern das CETA in mehreren Punkten verbessert worden ist. Vor allem hat das Engagement und die öffentliche Auseinandersetzung mit den Inhalten sowie dem politischen Verfahren, in dem die transatlantischen Handelsverträge verhandelt und in Kraft gesetzt werden sollten, zu einem wichtigen Lernprozess für alle Beteiligten in Europa beigetragen. Cäcilia Malmström hat als Handelskommissarin, nicht zuletzt wegen des starken zivilgesellschaftlichen Engagements, eine neue Kommunikationskultur und Informationspolitik eingeführt. Bürgerinnen und Bürger in der EU haben ein stärkeres Bewusstsein dafür entwickelt, dass „Brüssel“ keineswegs weit entfernt und unerreichbar ist. Sowohl die direkt gewählten Parlamentarier auf nationaler und europäischer Ebene wie auch die von den Parlamenten gewählten Minister und Regierungschefs unterliegen der Kontrolle und dem politischen Einfluss der wahlberechtigten Bürger, sofern diese ihre demokratischen Rechte nutzen und die dafür erforderliche Information und Transparenz über politisches Handeln gewährleistet ist.

Die durch Bürgerengagement erreichten Zusagen, dass die Handelsabkommen als „gemischte Abkommen“ nur mit Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft treten können, bis hin zu wichtigen inhaltlichen Punkten, die auch aufgrund der Initiative von EU-Parlamentariern in den Verhandlungen zum CETA umgesetzt wurden, haben deutlich gemacht, wie stark der Einfluss und die Mitwir-

kungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auch auf europäischer Ebene sein können. Diese Erfahrungen können wesentlich zur friedlichen und nachhaltigen Weiterentwicklung Europas beitragen.

Faire Regelung des globalen Handels bleibt Herausforderung

Die nach wie vor vielfach kritische Haltung gegenüber CETA und die völlige Ungewissheit, ob und mit welcher Zielsetzung Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit den USA wieder aufgenommen werden, ändert nichts daran, dass Abkommen zur fairen Regelung des Handels in der Globalisierung dringend gebraucht werden. Sie müssen so gestaltet sein, dass sie nicht Wachstum und Wettbewerbsvorteile für einzelne Länder oder Wirtschaftsregionen als primäres Ziel verfolgen, sondern die berechtigten Bedürfnisse und Interessen aller Länder einbeziehen. Sie müssen sich u. a. daran messen lassen, ob sie die Erreichung der SDGs und die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele und Verpflichtungen fördern oder eher behindern und Arbeitnehmerrechte sowie Umwelt- und Klimaschutz genauso sanktionsbewährt schützen wie die Rechte ausländischer Investoren. ■

WEITERE INFORMATIONEN

epd-Dokumentation zu den Freihandelsabkommen, Nr. 37, 13. September 2016

Sonntagsschutz ist Freiheitsschutz

Der Sonntagsschutz ist eine zeitgemäße Antwort auf Globalisierung und Digitalisierung. Die Befürworter des Sonntagsschutzes sind dies nicht trotz der Moderne, sondern gerade um die Errungenschaften der Moderne und der freiheitlichen Gesellschaft zu bewahren. Darin stimmen das Urteil des Bundes-

verfassungsgerichtes aus dem Jahre 2009 und Luthers Großer Katechismus aus dem Jahre 1529 überein.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ r.stroh@zgv.info

Im vergangenen Jahr sind binnen kurzer Zeit eine Reihe verkaufsoffener Sonntage, die von Kommunen und Handel werbewirksam angekündigt worden waren, von Gerichten für unzulässig erklärt worden. Dies hat dazu geführt, dass eine öffentliche Debatte zur Zeitgemäßheit der strengen Regelungen im Blick auf die Zulässigkeit von verkaufsoffenen Sonntagen entstanden ist.

Alle neueren Entscheidungen rund um den Sonntagsschutz greifen in ihren Begründungen zurück auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2009, das die Berliner Praxis in Sachen verkaufsoffener Sonntage im Advent zum Gegenstand hatte und als nicht verfassungskonform verwarf. Das Urteil entfaltet dabei in klärender Absicht den Gehalt des Artikels 140 Grundgesetz, der seinerseits Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung mit seinen Bestimmungen zum Bestandteil des Grundgesetzes erklärt. „Art. 139. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“

Dem ökonomischen Nutzendenken eine Grenze ziehen

Das Urteil aus dem Jahr 2009 setzt kein neues Recht, erlässt keine neuen Gesetze in Bezug auf den Sonn- und

Feiertagsschutz, sondern versteht sich als Klärung der damals und heute geltenden, aber eben klärungsbedürftigen Rechtslage. Das gilt übrigens auch für alle aktuellen Entscheidungen in Sachen Sonntagsöffnungen. Sie setzen mit ihren Entscheidungen kein neues Recht, sondern wenden das bereits geltende Recht auf konkrete Streitfragen an, wie zum Beispiel im Blick auf die Frage der Zulässigkeit von Ladenöffnungen aus Anlass der Frankfurter Buchmesse oder Liebig's Suppenfest in Gießen.

In seiner Entscheidung greift das Bundesverfassungsgericht zwei bereits traditionelle und wohlvertraute Argumente auf, die bereits bei den Beratungen der Weimarer Reichsverfassung im Vordergrund standen. Diese werden aber um ein drittes Argument ergänzt, das auf die spezifische Situation der modernen globalisierten Welt abzielt.

Schon immer vorgetragen wurden folgende beiden Argumente:

Sonn- und Feiertagsschutz sind erstens notwendig zur körperlichen Erholung und zur Erhaltung der Gesundheit. Ausdrücklich hebt das Bundesverfassungsgericht in seiner Urteilsbegründung die überzeugenden Argumente der Fachgutachter in dieser Hinsicht hervor.

Sie sind zweitens notwendig aufgrund des grundgesetzlich gebotenen Schutzes

von Ehe und Familie. Auch hier gibt es zahlreiche Studien, die nachweisen, wie groß die Beeinträchtigungen aufgrund der zunehmenden Flexibilisierung für das Leben in Familie und Partnerschaft inzwischen sind.

Der gegen diese beiden Argumente gerne vorgebrachte Einwand „Früher haben die Leute noch viel länger gearbeitet – sogar am Samstag“ sticht nicht, da der entscheidende Punkt gar nicht die Dauer der Arbeitszeit ist, sondern die unterschiedliche Taktung der rein stundenmäßig geringeren Arbeitszeit. Gemeinsam geteilte Zeit wird weniger, obwohl weniger Stunden gearbeitet wird. Dieser Verlust lässt sich auch nicht durch die neuen technischen Möglichkeiten (im Vergleich zu früher: gesteigerte Mobilität und rapides Wachstum der Möglichkeiten zu medialer Kommunikation) gleichwertig ersetzen.

Mit einem dritten, in früheren Zeiten nicht üblichen Argument zeichnet das Bundesverfassungsgericht den Sonn- und Feiertagsschutz in die besonderen Lebensumstände einer globalisierten Welt ein, deren markantestes Kennzeichen die Einflussnahme des Ökonomischen auf nahezu alle Lebensvollzüge ist.

Hier betont das Bundesverfassungsgericht, dass eine bloß ökonomische Be-

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zeitkonferenz der Bundesallianz für den freien Sonntag demonstrieren in Berlin für den Sonntagsschutz.



stimmung dessen, was dem menschlichen Leben vorteilhaft ist, der Intention der geltenden Verfassung nicht gerecht wird. Was wirklich menschengemäß ist im Leben des Einzelnen wie der Gemeinschaft kann man nur sachgemäß herausfinden, wenn man hierzu noch andere als lediglich ökonomische Maßstäbe in Anschlag bringt – was voraussetzt, dass solche anderen Maßstäbe überhaupt noch erlebnismäßig öffentlich präsent sind.

Genau dies, nämlich das Sicheinlassen können auf Maßstäbe und Wirklichkeitsbestände des Humanen, die jenseits des Ökonomischen liegen, ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2009 das besondere Charakteristikum der Sonn- und Feiertage – auch jenseits und unabhängig von ihrer christlichen Herkunft und Wertschätzung.

So heißt es in jenem Urteil explizit: „Der Sonn- und Feiertagsgarantie kann schließlich ein besonderer Bezug zur Menschenwürde beigemessen werden, weil sie dem ökonomischen Nutzen denken eine Grenze zieht und dem Menschen um seiner selbst willen dient“ (Absatz 153).

Und weiter heißt es: „Die soziale Bedeutung des Sonn- und Feiertagschutzes und mithin der generellen Arbeitsruhe im weltlichen Bereich resultiert wesentlich

aus der – namentlich durch den Wochensrhythmus bedingten – synchronen Taktung des sozialen Lebens. Während die Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen jeweils für den Einzelnen Schutzwirkung entfalten, ist der zeitliche Gleichklang einer für alle Bereiche regelmäßigen Arbeitsruhe ein grundlegendes Element für die Wahrnehmung der verschiedenen Formen sozialen Lebens“ (Absatz 154).

Sonntagsschutz ist Zeichen der Moderne

In seinem Urteil unternimmt das Bundesverfassungsgericht also nicht den – letztlich aussichtslosen – Versuch, die Zeit zurückzudrehen. Vielmehr nimmt es die Rahmenbedingungen der Moderne ernst und versteht sie als eine Herausforderung für heutiges politisches Handeln. Weil sich nicht mehr von selbst versteht, dass jene Lebensvollzüge, die der Reduktion des menschlichen Lebens auf ökonomische Aspekte Widerstand leisten können, gesellschaftlich beachtet werden, müssen sie ausdrücklich hervorgehoben werden. Diese Herausforderung besteht erst für komplexe Gesellschaften. Gerade in ihnen ist der Sonn- und Feiertagschutz nötig. Er ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern Signum der Moderne.



Genau dieses Argument findet sich auch in Luthers Auslegung des dritten Gebots („Du sollst den Feiertag heiligen“), die er in seinem Großen Katechismus im Jahr 1529 vorgelegt hat.

Bereits zur Zeit Luthers verstand es sich nicht mehr von selbst, dass gesellschaftliche Räume zur Verfügung standen, in denen nicht die alltägliche Geschäftigkeit das Miteinander organisiert. Der gemeinsame Austausch über das Leben, über den Sinn und Zweck von Mühe und Arbeit, ist bereits zu Luthers Zeiten ein rar gesätes Gut. Der Sonntag ist Luther an sich nicht besonders heilig. Er ist ein Tag wie jeder andere – da ja nach reformatorischer Lehre sowieso jeder Tag und jeder Lebensvollzug als Gabe des Schöpfers heilig ist. Aber da er nun mal traditionell der Tag der Ruhe ist, soll man ihn nun auch bewusst dazu nutzen, in dieser Funktion schützen und keine unnötigen Neuerungen einführen.

„Weil aber von alters her der Sonntag dazu bestellt ist, soll mans auch dabei bleiben lassen, auf dass es in einträchtiger Ordnung gehe und niemand durch unnötige Neuerung eine Unordnung mache.“ Eine Gesellschaft, die sich keine Ruhepausen zur „seelischen Erhebung“ gönnt, ist nicht nur in Luthers Augen dazu bestimmt, orientierungslos zu werden. Dann aber wird sie notwendig jede Freiheit zur Gestaltung ihrer Lebensumstände verlieren, weil sie sich unpersönlichen Sachzwängen ausgeliefert wähnt. Darum ist Sonntagsschutz Freiheitsschutz.

Sowohl in der Allianz für den freien Sonntag in Hessen als auch in derjenigen für Rheinland-Pfalz ist das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung im Auftrag der EKHN vertreten und steht vor der Aufgabe, sich dieser Debatte zu stellen. Das geschieht in öffentlichen Stellungnahmen, in Anhörungen, in Gesprächen mit Verbänden und Parteien. ■



Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zur Integration – für Langzeitarbeitslose ebenso wie für Flüchtlinge

Arbeit und Beschäftigung sichern nicht nur das Einkommen, sondern auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Entsprechend hoch ist der Stellenwert von Erwerbsarbeit in Deutschland. Wer auf die scheinbar einfache Frage „Was machst Du?“ nicht konkret antworten kann, der hat es schwer, soziale Kontakte und Anerkennung außerhalb der Familie und des Freundeskreises zu bekommen. Wer in den Arbeitsmarkt integriert ist, hat es leichter, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.



von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales
 ➔ m.schick@zgv.info

Dem Arbeitsmarkt kommt eine Schlüsselfunktion bei der gesellschaftlichen Einbindung von Langzeitarbeitslosen ebenso zu wie bei der Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen oder im Ausland angeworbenen Fachkräften. Die einen dürfen nicht gegen die anderen ausgespielt werden. Immer muss es um die Ermöglichung eines fairen und gerechten Zugangs zum Arbeitsmarkt gehen. Nur dann kann ein gutes Zusammenleben in Deutschland gelingen.

Wie das gelingen kann, zeigt das Beispiel eines Busunternehmens aus Mainz. Stefan Löhner, Personalleiter der City-Bus Mainz GmbH (CBM), sucht seit 2005 im Ausland nach Busfahrern, weil er auf dem deutschen Arbeitsmarkt einfach keine finden konnte. Seit der EU-Ost-Erweiterung und der damit einhergehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit fährt Stefan Löhner regelmäßig nach Polen, Tschechien und Kroatien, um dort qualifizierte Fachkräfte zu finden. Er informiert nicht nur über Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern lädt Interessierte zu Besuchen nach Mainz ein, damit sie ihren zukünftigen Arbeits- und Wohnort kennenlernen können. Um die gewonnenen Arbeitskräfte schneller in Deutschland zu integrieren und an den Betrieb zu binden unterstützt das Unternehmen bei der Wohnungssuche, beim Familiennachzug und bei der Freizeitgestaltung. Heute fahren 44 Tschechen und 30 Kroaten auf den Bussen der CBM. Auch unter den Flüchtlingen wird bereits nach neuen Mitarbeitern gesucht.

Deutlich wird an diesem Beispiel auch die fehlende Übereinstimmung zwischen nachgefragten und angebotenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt, das sogenannte „Mismatch“.

Mismatch am Arbeitsmarkt: Arbeitslose und Arbeitsplätze passen nicht zusammen

Wenn Arbeitslose trotz steigender Nachfrage nach Arbeitskräften nicht in Arbeit kommen, liegen die Gründe hierfür in strukturellen Problemen des Arbeitsmarktes, dem sogenannten Mismatch zwischen den Profilen der Arbeitslosen und den vorhandenen Arbeitsplätzen. Oft passen Arbeitslose in berufsfachlicher, qualifikatorischer und regionaler Hinsicht nur unzureichend zur nachgefragten

Arbeit. Das Problem des Mismatches hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Trotz des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen erschwert dieses Missverhältnis den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Auch in Zukunft ist es nicht absehbar, dass sich das Problem entspannt. Insbesondere Langzeiterwerbslose haben Probleme, am Anstieg der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt teilzuhaben und wieder eine Stelle zu finden.

Deshalb ist es nach wie vor notwendig, Langzeitarbeitslose besonders zu fördern und für Erwerbslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen (wie z. B. fehlende Ausbildung, zu hohes Alter, Krankheit, Suchtproblematik oder Verschuldung) einen geschützten, sozialen Arbeitsmarkt mit längerfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen, um



Stefan Löhner berichtet von seinen Erfahrungen bei der Personalgewinnung.

soziale Teilhabe zu ermöglichen und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen.

Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt braucht Zeit

Auch bei den zu uns geflüchteten Menschen stimmen die mitgebrachten Qualifikationen nicht eins zu eins mit den auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen überein. Auch hier besteht die Gefahr eines Mismatches. Deshalb ist gesellschaftlich darauf zu achten, dass aus den Geflüchteten keine Langzeitarbeitslosen oder Langzeitleistungsbeziehende im Sozialgesetzbuch SGB II werden.

Geflüchtete sind nicht homogen in dem, was sie an Bildung oder Ausbildung und Berufserfahrung sowie Lebenserfahrungen mitbringen. Einige von ihnen sind hochqualifiziert als Ärzte, Architektinnen oder Ingenieure und beherrschen Englisch als Fremdsprache. Viele andere wiederum kommen auf Grund jahrelanger Kriegserfahrungen im Herkunftsland oder jahrelanger Flucht ohne Schulbildung und Sprachkenntnisse bei uns an. Einige kennen unsere lateinische Schreibweise nicht und müssen neben der Sprache auch eine neue Schrift erlernen. Das Gehirn muss sich zu den fremden Wörtern und fremden Lauten auch noch ein fremdes Schriftbild einprägen. Dies verlangsamt nicht selten den notwendigen Spracherwerb. Für diese Menschen wird es ein langer Weg sein, in unserer Arbeitsgesellschaft anzukommen.

Viele der zu uns Geflüchteten sind zudem traumatisiert. So ergab eine repräsentative Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vgl. IAB-Kurzbericht 24/2016) von insgesamt 4.500 Geflüchteten, dass ein Viertel der Befragten Schiffbruch erlitten haben, zwei Fünftel waren Opfer von körperlichen Übergriffen, ein Fünftel von Raubüberfällen und 15 Prozent der Frauen von sexuellen Übergriffen. Von diesen kann keine schnelle Arbeitsaufnahme erwartet werden.

Nur 12 Prozent der Befragten haben eine betriebliche Ausbildung oder an einer anderen beruflichen Ausbildung teilgenommen, sechs Prozent haben einen beruflichen Abschluss. Die meisten Herkunftsländer haben keine duale Berufsausbildung. So kann es sein, dass viele Geflüchtete berufliche Erfahrungen

ANGEBOTE FÜR ARBEITSLOSE JUGENDLICHE UND LANGZEITERWERBSLOSE

Die EKHN wendet sich seit mehr als 30 Jahren mit ihren Beratungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften (Jugendwerkstätten Odenwald, Herrnhag, Gießen, Jugendberatungsstelle Groß-Umstadt, Hilfe im Nordend Frankfurt, Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH) sowie mit dem seit 1984 bestehenden Arbeitslosenfonds den besonders benachteiligten Menschen auf den Arbeitsmarkt zu. Zusammen mit den Mitteln aus dem Flüchtlingsfonds und der Aufstockung der Spendengelder des Arbeitslosenfonds gibt die Landeskirche jährlich mehr als eine Million Euro für diese Aufgabe aus.

PROJEKTE ZUR ARBEITSMARKT-INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

1. Brücken bauen in den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, Diakonisches Werk Darmstadt Dieburg
2. Beratung jugendlicher Flüchtlinge, Fachstelle Jugendberufshilfe des Diakonischen Werkes Darmstadt-Dieburg, in Groß-Umstadt
3. Willkommenschule Alte Molkerei – Leben und Arbeiten in Deutschland, Neue Arbeit gGmbH Vogelsberg, Alsfeld
4. „Probierwerkstatt für Geflüchtete“, Jugendwerkstatt Gießen gGmbH.

durch „learning on the job“ haben, aber keine Zertifikate vorlegen können.

Geht man von Erfahrungswerten der Arbeitsmarktintegration von früheren Flüchtlingen in Deutschland aus, dann dauert es etwa fünf Jahre, bis die Hälfte der Geflüchteten und zehn Jahre bis 60 Prozent von ihnen eine Beschäftigung gefunden haben werden.

Die Dauer wird dabei wesentlich durch die Länge der Asylverfahren, die Sprachförderung, Investitionen in Bildung und Ausbildung, die Arbeitsvermittlung und die Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft bestimmt werden.

EKHN unterstützt Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) möchte Geflüchtete, insbesondere Geflüchtete mit geringen Qualifikationen, auf dem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen und begleiten. In der EKHN geht diese nicht zu Lasten

bereits bestehender Angebote für Langzeiterwerbslose und benachteiligte arbeitslose Jugendliche (siehe Kasten). Aus Mitteln des Flüchtlingsfonds der EKHN werden für die Jahre 2016 und 2017 insgesamt 160.000 Euro zusätzlich für Projekte zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten bereitgestellt.

Nach Einschätzung von Experten reichen die bisherigen Maßnahmen und Programme in Deutschland für Flüchtlinge angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2017 die zuständigen Jobcenter mit ca. 500.000 Neukunden aus dem Kreis der Geflüchteten rechnen müssen, bei Weitem nicht aus.

Zusammen mit einem seit Jahren verharrenden Sockel von ca. einer Million langzeiterwerbsloser Menschen in Deutschland bildet die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Dabei ist es wichtig für beide Gruppen, für Langzeiterwerbslose wie für Geflüchtete, zielgerichtete, maßgeschneiderte Angebote bereitzustellen, die über kurzfristige Maßnahmen hinausgehen. Gebraucht werden Angebote, die sich am Bedarf der einzelnen Menschen orientieren. Dabei sollte nicht die Logik der Kostenträger im Vordergrund stehen. Es muss beispielsweise sichergestellt werden, dass beim Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz in den Bereich des SGB II Maßnahmen nicht abgebrochen werden dürfen.

Integration als Langzeitaufgabe

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist eine gesellschaftliche Langzeitaufgabe. Es ist ein langer Atem nötig und auch die Bereitschaft, flexibel auf die jeweiligen Bedürfnisse einzugehen. Bei dieser Herausforderung ist es der EKHN wichtig, dass Langzeitarbeitslose, angeworbene Fachkräfte und Geflüchtete nicht gegeneinander ausgespielt werden. Keine Gruppe darf benachteiligt werden.

Der christliche Glaube weiß um die langen Zeiträume, die gesellschaftliche Prozesse erfordern. Die EKHN kann dieses Wissen, aber vor allem auch die mit diesem Wissen verbundene Haltung in unsere Gesellschaft einbringen. ■

¹ vgl. Prof. Dr. Matthias Knuth, WISO Diskurs 21/2016, Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, Arbeitsmarktpolitik reformieren, Qualifikationen vermitteln, Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeiten im Zeitalter von Industrie 4.0

Industrie 4.0, Arbeiten 4.0, Gesellschaft 4.0 – diese Begriffe sind seit nunmehr zwei Jahren voll im Trend, doch was verbirgt sich dahinter? Was hat es genau damit auf sich, dass sogar von einer neuen industriellen Revolution gesprochen wird? Digitalisierung als solche ist nichts Neues, sie verändert unser

Leben bereits seit mehr als 20 Jahren. Die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung umfasst alle Arbeits- und Lebensbereiche.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales
 ✉ h.miehe@zgv.info

Was ist Industrie 4.0

In der Industrie 4.0 werden die Produktionsstrukturen und -abläufe nicht mehr von vornherein konkret und fest vorgegeben, sondern es werden Regeln definiert, aus denen fallspezifisch und automatisiert Struktur und Ablauf abgeleitet werden. Zukünftig werden Maschinen mit Maschinen kommunizieren und die Produktionsabläufe selbstständig steuern und somit ganz individuelle Losgrößen (Produkte) produzieren. Bereits heute können wir uns ein Auto oder ein Müsli nach unseren individuellen Wünschen zusammensetzen. Was ist also das Neue an Industrie 4.0?

Ein Beispiel aus der Zukunft

Renate benötigt ein neues Auto und bestellt dieses nach ihren Wünschen im Internet. Sie hätte gerne ein Auto mit rosa Bezügen, gelber Lackierung, Elektroantrieb und diversen anderen Ausstattungsmerkmalen. Sie wählt alle Bestandteile aus und drückt auf ihrem Tablet den Bestätigungsbutton.

Nun beginnt der Produktionsprozess: mit Hilfe von selbststeuernden, sensorgestützten Systemen (CPS) sucht sich der Auftrag von Renate nun weltweit die dafür nötigen Komponenten bei ganz unterschiedlichen Zulieferern zusammen und auch die Werkshalle, die gerade Kapa-

zitäten frei hat, um das Auto zusammenzubauen.

Zeitgleich erzählt sie ihrer Freundin Heidrun davon, die nun das Auto genauso auch für sich bestellt, nur mit Ledersitzen. Der Auftrag sucht nun wieder weltweit nach identischen Komponenten. Da aber aufgrund von Renates Auftrag die Produktionsstätten bereits belegt sind, sucht das System nun selbstständig, nach vorher definierten Regeln, neue Zulieferbetriebe und Werkshallen aus, die freie Kapazitäten haben, um den Auftrag von Heidrun zu bearbeiten.

In dieser Wertschöpfungskette der Zukunft sind nun alle Teile und Unternehmen miteinander verbunden. Im Vorfeld werden aber bestimmte Regeln festgeschrieben bzw. programmiert, nach denen der Produktionsprozess dann selbststeuernd und in Echtzeit ablaufen wird. Hierbei können z. B. die kürzeste Produktions-



Im Industrie-4.0-Zeitalter wird die computergestützte erweiterte Realität (engl.: Augmented Reality) eine wichtige Rolle in der digitalen und vernetzten Fabrik spielen.

dauer oder die kürzesten Transportwege oder andere Aspekte eine Rolle spielen.

Die Wertschöpfung findet dann nicht nur in einem Unternehmen mit seinen Zulieferbetrieben statt, sondern weltweit und über verschiedene Unternehmen hinweg. Alle sind digital miteinander vernetzt und werden über Softwareprogramme gesteuert. Jedes Bauteil ist „gechipt“ und kann von seinem Ursprung bis zum Recycling „getrackt“ werden.

Nach der Automatisierung der Maschinen in der Werkstatt und in der Werkhalle beginnt nun die Automatisierung des virtuellen Arbeits- und Geschäftsraumes mittels Softwareverknüpfung und zwar betriebs-, standortübergreifend und in Echtzeit.

Herausforderungen

Das Beispiel macht deutlich, dass heute die Programme geschrieben werden, die morgen das Arbeitsleben bestimmen werden. Und die Frage stellt sich, wer sind die Akteure, die die Standards setzen werden? Und welche Unternehmen können bei dieser Entwicklung mithalten? Wie gelingt es, die Beschäftigten für diese neuen Aufgaben mitzunehmen und zu qualifizieren? – Oder, um bei dem Beispiel zu bleiben, wo wird festgelegt, dass die Teile nicht nur nach freien Kapazitäten, sondern z. B. nach Nachhaltigkeitskriterien ausgesucht werden?

Bei einigen Großkonzernen, insbesondere in der Automobilindustrie und deren Zulieferbetrieben werden zurzeit einzelne Produktionseinheiten in diese Richtung implementiert, aber vieles ist tatsächlich noch eine Vision.

Bei verschiedenen Betriebsbesuchen, die das ZGV organisiert hat, wurde erkennbar, dass die Unternehmen zwar auf dem Weg zu einer weiteren vernetzten Automatisierung und Digitalisierung, aber von dem oben skizzierten Szenarium noch weit entfernt sind.

In Gesprächen mit den mittelständischen Unternehmen sahen viele den enormen Investitionsbedarf, aber vor allem auch das Thema Datenschutz als noch nicht ausreichend geklärt. Datenschutz spielt dabei für die Unternehmer eine Rolle hinsichtlich der Anfälligkeit von eigenen IT-Systemen bis hin zu Fragen der Betriebsespionage.

Seitens der Beschäftigten und der Betriebsräte war aber auch die Frage der

Verwendung und Auswertung personenbezogener Daten im smarter werdenden Arbeitsablauf wichtig. Denn schon heute können aus der Verknüpfung vieler Daten, Tätigkeits- und Bewegungsprofile abgelesen werden.

Arbeitszeit der Zukunft

Nicht zuletzt beflügelt die Digitalisierung die Debatte über die Arbeitszeit neu. Denn die Betriebe müssen häufig flexibel und oft kurzfristig auf die wirtschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen reagieren können. Netzwerktechnologien und mobile Endgeräte führen dazu, dass

insbesondere, wenn sie Beruf und familiäre Verpflichtungen vereinbaren müssen. Diese entlastenden Effekte spielen bei den Arbeitszeitwünschen eine große Rolle. Auch sind die Lebensentwürfe, insbesondere der jüngeren Generation individueller und vielfältiger geworden. Viele wünschen sich mehr Souveränität hinsichtlich der Arbeitszeiten und des -ortes. Sicherlich ist es sehr entlastend, dass man nachmittags mit seinem Kind spielen kann und die E-Mails oder andere Aufgaben erst erledigt, wenn das Kind schläft.

Gleichwohl darf nicht verkannt werden, dass die Flexibilisierung auch negative Effekte mit sich bringt. Aufgrund der

Frage, wie wir zukünftig arbeiten wollen, wie Familien-, Erwerbsarbeit und ehrenamtliches Engagement zusammengelebt werden können, ist keine technische Frage, sondern ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess. Unternehmen, Gewerkschaften, aber auch Kirchen werden gefordert sein, ihre Vorstellungen vom guten Leben und Arbeiten einzubringen.

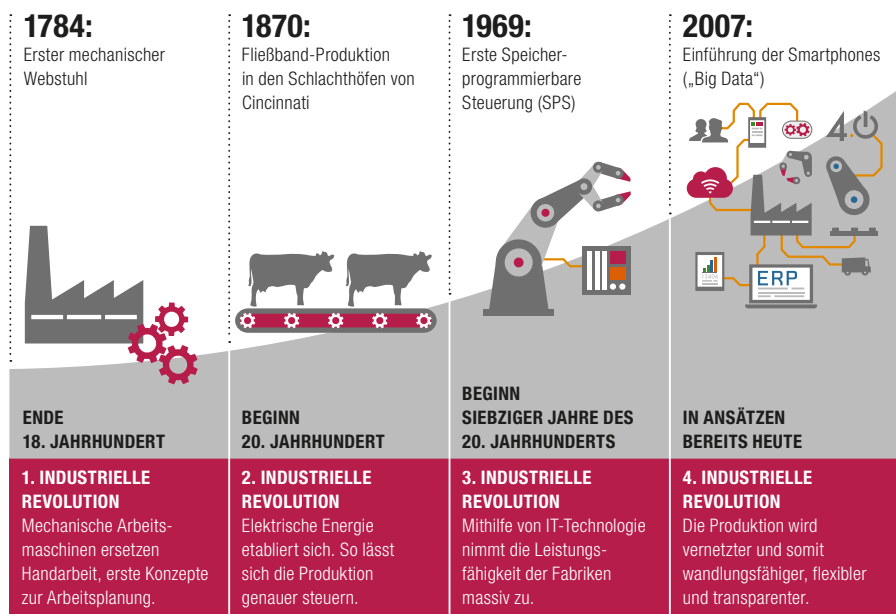
Gute Arbeit ist im Verständnis der Evangelischen Kirche nachhaltig, wenn sie auch Sorgearbeit in der Familie und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht (EKD-Denkschrift Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt 2015).

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles plant ab 2017 das Arbeitszeitgesetz für zwei Jahre zu lockern, um den Firmen mehr Flexibilität einzuräumen: „Wir sollten den Menschen mehr Selbstbestimmung ermöglichen“, so Nahles. „Wenn die Tarifpartner sich einigen, kann man den Rahmen der bestehenden Gesetze öffnen – aber nur unter Bedingungen: zwei Jahre befristet, wissenschaftlich begleitet, tarifvertraglich abgesichert.“

Es bleibt abzuwarten, wie dieses Experiment ausgeht. Bereits heute gibt es laut Auskunft des IG-Metall-Vorsitzenden Jörg Hofmann gute tarifvertragliche Regelung zum mobilen, flexiblen Arbeiten, im Rahmen des bestehenden Arbeitszeitschutzgesetzes.

Allerdings darf nicht verkannt werden, dass immer mehr Betriebe gar nicht tarifgebunden sind. Daher ist es unabdingbar, dass die Politik mit dem Arbeitszeitgesetz die Funktion des Arbeitsschutzes aufrechterhalten muss.

Was mit einem mechanischen Webstuhl begonnen hat, ist heute ein hochkomplexes Netzwerk: Die vier Phasen der industriellen Produktion im Überblick.



Grafik: Magascreen

heute schon Erwerbsarbeit „mobil“ und 24 Stunden verfügbar ist. Erwerbsarbeit ist nicht zwangsläufig mehr an Arbeitszeiten von 8 bis 17 Uhr gebunden, noch an den Ort im Betrieb. Der Trend zu flexibleren Arbeitszeiten und dezentralen Arbeitsorten wird durch die Digitalisierung noch zunehmen.

Umgekehrt sind die Beschäftigten durch die Technologien auch permanent erreichbar. Das lässt bereits erahnen, in welchem Spannungsfeld sich die Debatte um die flexiblen Arbeitszeiten und die Frage der zeitlichen „Entgrenzung“ der Arbeit, also der Frage der Grenzziehung von Berufs- und Privatleben, bewegt.

Flexible Arbeitszeiten kommen dem Wunsch vieler Beschäftigter entgegen,

permanenter Erreichbarkeit besteht das Risiko der zunehmenden Beschleunigung von Prozessen, und gleichzeitig droht eine Vermischung von Privat- und Berufsleben, mit der berechtigten Frage nach den Ruhezeiten und des Abschaltens vom Berufsleben. Laut Bericht des Statistischen Bundesamtes von 2016 arbeitete 2014 bereits jeder vierte Beschäftigte am Abend (im Vergleich: 1992 betrug dieser Anteil nur 12 Prozent). Und 26 bzw. 14 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten 2014 am Samstag bzw. Sonntag.

Die Debatte um die Arbeitszeit und die divergierenden, teilweise entgegengesetzten Flexibilisierungswünsche von Beschäftigten, Unternehmen und Gesellschaft werden sich weiter zuspitzen. Die

Dem Sozialversicherungssystem wird die Grundlage entzogen

Wenn Erwerbsarbeit zunehmend über Internetplattformen an Selbstständige vergeben wird, unsere Sozialversicherungssysteme aber an die „normale“ Erwerbsarbeit gekoppelt sind, müssen wir über andere Modelle einer armutsfesten Grund- und Altersvorsorge nachdenken, wie z. B. die Einbeziehung von Selbstständigen und Beamte in die Sozial- und Rentenkassen. Da mit fortschreitender Automatisierung Erwerbsarbeit durch Maschinen ersetzt wird, gilt es zu überlegen, ob nicht zukünftig auch Kapitaleinkünfte zur Finanzierung der Altersvorsorge mit herangezogen werden müssen. ■



ARBEIT & SOZIALES

Europa – Quo vadis?



Die Europäische Union (EU) steht aufgrund andauernder Krisen an einem Scheideweg und neue Weichen für die Zukunft müssen gestellt werden – hier muss auch die Stimme der Kirche gehört werden.

von: Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales
 ➔ j.dinkel@zgv.info

Europa am Scheideweg

Nachrichten von und über die Europäische Union (EU) zeigen, wie sehr die EU aktuell mit Krisen in Verbindung gebracht wird. Der bevorstehende Austritt von Großbritannien aus der EU, die Präsidentschaftswahlen in Österreich und Frankreich, das Referendum in Italien, Wahlerfolge von europaskeptischen Parteien in fast allen Ländern der EU und nicht zuletzt andauernde Berichterstattungen über europäische Uneinigkeit in der Flüchtlingspolitik, bei den CETA-Verhandlungen oder der „Retung von Griechenland“ sind nur einige Schlaglichter aus der aktuellen Berichterstattung, die auch die Zukunft der EU betreffen. Der Prozess der europäischen Einigung, der uns in den letzten Jahren Frieden und Wohlstand gebracht hat, wird sowohl von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern als auch von national agierenden Parteien in Frage gestellt. Die Europäische Union muss hierauf reagieren und neue Weichen für die Zukunft stellen, um nach wie vor eine Zukunft zu haben.

Das „soziale Europa“ stärken

Um die EU fit für die Zukunft zu machen, ist es wichtig, engagiert für ein „soziales Europa“ einzutreten. Soziale Aspekte sind auf der Bühne der europäischen Politik in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Mehr noch, der aktuelle Vorrang von ökonomischen Über-

legungen führt dazu, dass soziale Rechte und Errungenschaften, oftmals als Belastung und Wettbewerbshindernis für einen globalen Markt dargestellt werden. Vergessen scheint zu sein, dass diese sozialen Rechte über Jahrzehnte hart erkämpft wurden und ein zentrales Merkmal der europäischen Staaten sind. Hinzukommt, dass die Sparmaßnahmen, die seit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem in südeuropäischen Staaten durchgeführt wurden, viele Menschen hart getroffen, stark verunsichert und Angst vor der Zukunft ausgelöst haben. Hohe Jugendarbeitslosigkeit, steigende Altersarmut und soziale Ausgrenzungen sind Symptome dieser Verunsicherung und Angst. Erst wenn die EU deutlich macht, dass sie nicht nur Politik für Unternehmen und Großaktionäre macht, sondern auch als Garant von sozialer Sicherheit erlebt wird, dann wird auch das Vertrauen in den europäischen Einigungsprozess wieder wachsen und Extremisten und Populisten werden es in Europa wieder schwerer haben.

Dass sich die Europäische Union stärker für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit einsetzen soll, fordern laut einer repräsentativen Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 87 Prozent der Deutschen. Weniger als 50 Prozent dagegen nehmen die EU als politische Kraft wahr, die sich für sozialen Ausgleich und Bekämpfung von Armut einsetzt. Und noch weniger finden, dass sie sich für einen gerechten Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeit-



Quelle: Günhard Meister

gebühren einsetze oder den Finanzmarkt in seine Schranken verweise. Vielmehr geben 86 Prozent der Befragten an, dass von der EU in erster Linie Unternehmen profitieren, gefolgt von Finanzwirtschaft (81 Prozent), Reisenden (78 Prozent) und Besserverdienenden (72 Prozent). Nur 21 Prozent der Befragten sind dagegen der Meinung, dass auch Geringverdienende von der EU profitieren.

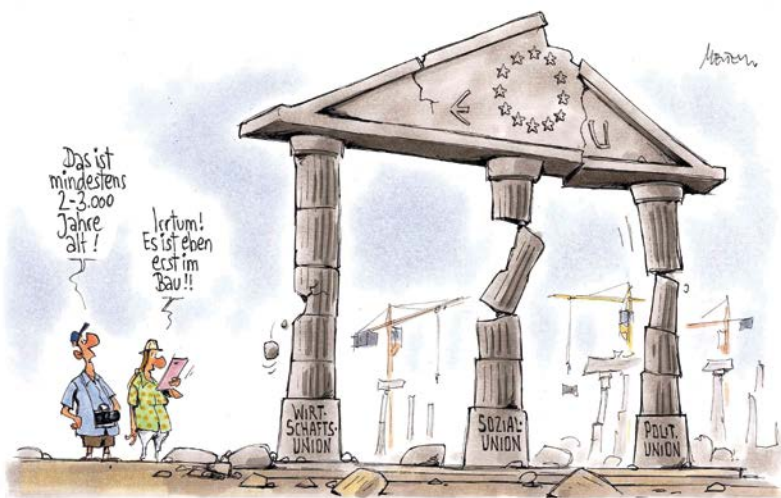
Ein zentrales Versprechen des europäischen Integrationsprozesses war, dass der Prozess zu Frieden und Wohlstand auf

zugeben, unter dem besonders die Menschen im Süden des Euro-Raums zu leiden haben. Anstatt immer größere soziale Einsparungen vorzunehmen, könnte man in der EU den Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmens- und Einkommenssteuer reduzieren und so staatliche Einnahmen erhöhen. Es widerspricht den Grundsätzen einer gerechten Gesellschaft, wenn sich Teile der Wirtschaft ihren Steuerpflichten entziehen. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung setzt sich daher als Mitglied im Netzwerk Steuergerechtigkeit dafür ein, dass sich

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aufgabe der EU ist es, dafür Sorge zu tragen, dass beispielsweise Lohndumping und eine Absenkung von Arbeitsstandards untersagt werden. Niedrige Löhne und niedrige Schutzstandards dürfen nicht zu einem Wettbewerbsvorteil werden. Hier besteht noch Nachhol- und Handlungsbedarf auf Seiten der EU. Gleichzeitig darf die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht eingeschränkt werden, denn sie stellt eine zentrale Säule der europäischen Einigung dar.

Die Europäische Kommission scheint sich bewusst zu sein, dass im Krisenmodus der letzten Jahre Solidarität und soziale Aspekte in der europäischen Politik vernachlässigt worden sind. Deshalb wurde im März 2016 eine Konsultation über eine Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) gestartet. Konsultationen sind ein Instrument, mit dem die Kommission bei neuen politischen Initiativen oder Überarbeitungen die Öffentlichkeit befragt. Privatleute, Unternehmen und Organisationen mit Interesse an einem bestimmten Thema können der Kommission Hinweise für die weitere Erarbeitung des Vorschlags geben, bevor der Vorschlag in Rat und Europäisches Parlament beraten wird. Mit der Europäischen Säule Sozialer Rechte sollen Grundsätze zur Unterstützung fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtsystem im Euro-Raum festgelegt werden.

Quelle: Gerhard Meiser



dem europäischen Kontinent führen wird. Dieses Versprechen scheint für viele Bürgerinnen und Bürgern nur noch ein leeres Versprechen zu sein. Daher heißt es im Kundgebungstext, den die EKD auf ihrer Synode im November 2016 zu Europa verabschiedet hat: „Früher verband sich mit ‚Europa‘ die Hoffnung, dass die eigenen Kinder es einmal besser haben würden als die Generation, die Krieg, Zerstörung und die beschwerliche Zeit des Wiederaufbaus erlebt hatte. Heute steht ‚Europa‘ im Horizont der Globalisierung für viele für eine Zukunft, in der einige wenige immer reicher werden, während große Teile der Bevölkerung hoffnungslos abgehängt sind.“

Was kann für ein soziales Europa getan werden?

Was müsste sich innerhalb der EU ändern, damit ein „soziales Europa“ Realität wird? Eine erste Maßnahme könnte sein, den harten Sparkurs der letzten Jahre auf-

alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihres Leistungsvermögens an gemeinsamen Aufgaben beteiligen.

Ein zentraler Punkt eines „sozialen Europas“ umfasst auch das Thema „Arbeit“ mit all seinen Facetten. Arbeiten oder Studieren im europäischen Ausland – ganz oder für einen begrenzten Zeitraum – gehört für immer mehr EU-Bürgerinnen und -Bürger zur Realität. Ermöglicht wird dies durch den Gemeinsamen Markt der Europäischen Union. Der Gemeinsame Markt erlaubt den freien Verkehr von Waren und Kapital, aber eben auch von Dienstleistungen und Personen innerhalb der EU. Durch die Möglichkeit, sich frei in der EU zu bewegen, haben EU-Bürgerinnen und -Bürger auch das Recht, in jedem Mitgliedsstaat eine Arbeit aufzunehmen und ihre Dienstleistungen anzubieten (Arbeitnehmerfreizügigkeit). Diese Arbeitnehmerfreizügigkeit bietet sowohl Chancen als auch Herausforderungen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und

Europa – das sind wir

Bei aller berechtigten Kritik an der Europäischen Union dürfen wir in diesen Tagen aber auch nicht vergessen, was wir in den letzten Jahrzehnten mit dem Prozess der europäischen Einigung alles erreicht haben und worauf wir Europäer stolz sein können. Der europäische Integrationsprozess hat zu einer beispiellosen Ära an Frieden und Wohlstand in Europa geführt. Und niemand möchte an der deutsch-französischen Grenze den Pass vorzeigen oder Waren verzollen müssen. Vieles, was für uns selbstverständlich ist, scheint nun wieder in Frage gestellt zu werden. Dabei sollten wir nicht vergessen: „Europa – das sind wir“ – so der Schlusssatz der Kundgebung der EKD-Synode im November 2016. Der Einsatz für ein geeintes Europa lohnt sich. ■

Zwillinge oder feindliche Geschwister? Nachdenken über Umwelt und digitale Welt

Vielfach wird die „digitale Welt“ als Gefahr gesehen und erlebt: Erwachsene wie Kinder verfallen der Spielsucht im Internet, kaufen per Mausklick, der gläserne Mensch – vor wenigen Jahrzehnten noch als Menetekel an die Wand gemalt – wird durch Fitnessuhren gestärkt, eine Flut an E-Mails frisst uns auf. „Einfach nur leben“ ist schwierig geworden, die Wahrnehmung unserer Umwelt wird vielfach gefiltert durch die Zugänge, die uns die digitale Welt liefern kann – bis hin zu einer virtuellen Wirklichkeit, in der wir unser Ich ganz neu erfinden können, als Avatar mit anderen Avataren zusammen. Anonym. Selbst Kriegsführung „erfindet“ sich neu und findet vom fast schon heimischen Computerarbeitsplatz aus statt – Menschen töten und einen Kaffee trinken gehen Hand in Hand. Unvorstellbar. Entsetzlich. Haben wir uns immer noch nicht zu „beherrschen“ gelernt? Uns selbst, nicht andere, nicht unsere Umwelt? Unsere Moral steht auf dem Prüfstand angesichts dieser unendlich scheinenden Möglichkeiten des digitalen Kosmos. Nehmen wir unsere natürliche Umwelt überhaupt noch wahr? Oder ist nicht die digitale Welt zu unserer neuen Umwelt geworden, in der wir weben und streben?



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ h.meisinger@zgv.info

Die digitale Welt dient aber auch als Quelle von Inspiration, „education“ – im Sinne von Erziehung und Bildung –, Andacht und Nachprüfbarkeit. Alles ist allen zugänglich. Wirklich alles? Ein mindestens kleiner Verdacht bleibt, dass es nicht so ist. Unsere Intuition ist weiterhin gefragt, das zu finden, wonach wir „wirklich“ suchen. Und ich sage bewusst „Intuition“, denn diese verliert in Zeiten zunehmender Wissensmöglichkeiten an Aufmerksamkeit und Pflege, ja an Vertrauenswürdigkeit. Dabei ist es gerade auch diese Gabe der intuitiven Kombination und Entscheidung, die uns Menschen ausmacht, liegt ihr doch eine Lebensgeschichte mit all ihren Erfah-

rungen zugrunde. Nichtsdestotrotz ist das Internet als eine räumliche Ausdehnung der digitalen Welt ein willkommenes Hilfsinstrument der täglichen Arbeit. Und zum Glück ist mein Notebook mit Blick auf den Energieverbrauch ein gutes Gerät. Ob auch in der Herstellung und in der Materialverwendung, der Frage, wer es zusammensetzt und verschickt? Das verschließt sich mir im trüben Dschungel der verborgenen Informationen.

BIG DATA ist scheinbar das Gegenteil von verborgenen Informationen. Ich werde gläsern, Google „weiß“, wo ich bin, welche Gewohnheiten und Vorlieben ich habe, ob ich mich genug bewege oder

faul vor dem Fernseher sitze. Google, Facebook und Co. sind die Verwirklichung von George Orwells Roman „1984“. Und wir merken es nicht. Weil vieles eben doch verborgen ist, wir gar nicht wissen, wo sich alle unsere Daten in der digitalen Welt befinden, wer sie an wen weiterverkauft, damit beim kurzen Internetshopping am Abend in der eigentlich freien Spalte auf der rechten Seite auf einmal Angebote gezeigt werden, nach denen wir am Tag zuvor schon gesucht hatten. Nur ganz woanders im Internet. Wir wundern uns über so viel „Fürsorge“ und „Intelligenz“, staunen – und ärgern uns womöglich.

Religiöses Staunen und Wundern sieht anders aus – erschließt andere Dimensionen der Wirklichkeit, die oft als „transzendent“ beschrieben werden, obwohl uns vielleicht nur die Augen und Sinne aufgetan werden für zuvor nicht wahrgenommene Zusammenhänge. Die „Intuition des Mehr“: Es gibt da etwas Unverfügbares hinter und in den Dingen unserer Wahrnehmung, das sich uns erschließt, wenn wir Staunen und Wundern in diesem religiösen Sinne nicht verlernt haben. Kinder sind eine Quelle von Staunen und Wundern – den Rest erledigt allerdings eine Tracking-App, damit wir als Eltern beruhigt schlafen können, können wir doch endlich wissen, wo sich unsere Kinder aufhalten oder was sie im Internet gerade tun.

BIG DATA – für die Umweltarbeit gleichzeitig unverzichtbar

Die Berichte des Weltklimarates IPCC beruhen auf der Auswertung und Bewertung unzähliger Daten. Ohne diese hätten wir nur eine Ahnung davon, dass der Klimawandel real ist, schon längst begonnen hat und sich global auswirken wird. Aber auch lokal sind BIG DATA von Interesse. Das Ecological Change Institute in Oxford beschäftigt sich beispielsweise mit der lokalen Erklärung klimabedingter Veränderungen. Es konnte die massiven Unwetter vor Weihnachten 2015 in England als unmittelbar auf Klimaveränderungen zurückzuführende Ereignisse kennzeichnen. Übrigens nur mit Hilfe unzähliger privater Computer, die – ähnlich wie bei der früheren NASA-Suche nach außerirdischer Intelligenz – in Zeiten geringer Nutzung durch ihre Besitzerinnen und

Besitzer für dieses Projekt im Hintergrund gearbeitet hatten und die berechneten Daten an Server schickten, von denen aus sie dann von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weiter bearbeitet werden konnten. Es sei dabei gesichert, dass keine sonstigen Daten eines privaten Computers mit versendet werden, wurde mir glaubhaft versichert. Und in diesem Fall war ich mit dieser Auskunft zufrieden, auch wenn ich sie nicht verifizieren oder falsifizieren konnte. Mein Gefühl sagte mir, dass mein Gegenüber die „Wahrheit“ sagt. So wahr diese sein kann, auch ohne Gottes Hilfe.

die Taube auf dem Dach? Das Licht, das man unter (k)einen Scheffel stellen soll? Puh, die neueste Luther-Übersetzung hat den Scheffel zum Glück noch nicht abgeschafft ...

Ich schweife ab, lasse meinen Gedanken freien Lauf, denn die Gedanken sind frei, niemand kann sie erraten ... Abschweifen vom „Wesentlichen“, dem kreativ Zufälligen eine Chance geben, geht nicht in einer Welt der absoluten Zielgerichtetheit. Also zurück zum „Phishing“. Und zu BIG DATA. Die Bundesregierung wird ab 2017 SmartMeter verpflichtend vorschreiben,

von denen wir profitieren und unter denen wir leiden, gehen gefühlt exponentiell voran. Und auch der Klimawandel schreitet voran.

Übrigens – ich bin seit einigen Wochen auch auf Facebook und habe einen Twitter-Account. Noch mehr als Beobachter denn als Nutzer. Eine Freundin von mir twittet regelmäßig. Ich habe ihr für einen Rückflug aus Kairo alles Gute gewünscht. Hätte ich ohne Twitter nicht getan, da ich nicht mal gewusst hätte, dass sie in Kairo ist. Sie war mir in diesem Augenblick nahe, gemeinsam Erlebtes kam mir in den Sinn. Alles aus der „wirklichen Welt“. Dann hat mein Sohn mich gefragt, ob ich ihm beim Reinigen seines Aquariums helfen könnte. Und ich war auch wieder drin, in der „wirklichen Welt 1.0“.

Will ich deswegen vielleicht immer noch über die Installation von WLAN- und Sendestationen fürs Handy auf denkmalgeschützten Kirchen diskutieren? Oder bin ich entsetzt über die „Godspot“-Initiative, die von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz ausgeht und vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland als der Unterstützung wert bezeichnet wird, mit der Bitte, andere Landeskirchen sollten sich diesem Projekt anschließen? Ja, natürlich. Mission 2.0. Denn wer sich in einen „Godspot“ einloggt, erhält zuerst Informationen über die Gemeinde, in der der Godspot sendet. Kann sich aber immerhin sicher sein, dass er oder sie sicher surfen kann, denn die entsprechenden Vorkehrungen sind hoch. Aber wollen wir das „wirklich“? Immer und überall „ins Netz gehen“ können? Bedarf es nicht vielmehr auch sogenannter „weißer Zonen“, wie vom BUND angemahnt, in denen sich auch elektro-sensible Menschen wohlfühlen? Eine neue „Randgruppe“ unserer Gesellschaft, die belächelt wird. Noch. Das hat Jesus gerade nicht getan, sondern sich mit Randgruppen unserer Gesellschaft solidarisiert. Und warum kommt mir beim Begriff „Godspot“ das zweite Gebot in den Sinn? Welches war das noch einmal? Zum Glück leicht zu finden unter: www.ekd.de/glauben/zehn_gebote.html

Nicht erst googeln, bitte, das erhöht unseren CO₂-Fußabdruck. Wenn dann: www.ecosia.de ■



Aber wie sicher sind unsere Daten sonst? Gerade erst hatte ich von „meiner“ Volksbank eine E-Mail in gebrochenem Deutsch erhalten, mit der Bitte, meine Daten zu bestätigen ... „Phishing“ nennt sich das auf Neudeutsch. Jemand angelt nach meiner Identität – im wirklichen Leben, nicht in meinem Avatar-Sein in der virtuellen Welt. Allerdings bin ich diesem Jemand nicht auf den Leim gegangen. Was war noch einmal gleich „Leim“? Wissen meine Kinder noch, was man damit machen kann? Oder ist das aus dem Neudeutschen nicht schon längst verschwunden, weil wir keine Erfahrungen mehr damit machen? Wie lange wird man das Sprichwort noch verstehen? Wie lange wird unsere Gesellschaft noch etwas mit dem barmherzigen Samariter anfangen können? Dem Spatz in der Hand, der möglicherweise besser ist als

damit Energie effizienter verwaltet werden kann. Wir werden damit vielleicht sogar dem eigentlichen Ziel, von vielen gar nicht mehr genannt, ein Weniger an Energieverbrauch, nahe kommen. Ohne eine umfassende digitale Revolution des Energie-Monitorings wird das gar nicht zu leisten sein. Wer alles kriegt dann aber mit, wann ich am Computer saß oder vor dem Fernseher oder Wäsche gewaschen habe? Um diese persönlichen Daten soll es gar nicht gehen, aber die Zweifel an der unpersönlichen Welt des Digitalen werden in Institutionen und Organisationen hinein projiziert. Es ist nicht einfach, mit den BIG DATA umzugehen. Wir haben keine tradierten lebensweltlich erworbenen Schlüssel, diese neue Welt zu erschließen – auch wenn dies als notwendig erscheint. Und wir haben nicht allzu viel Zeit, denn die Entwicklungen,

Klima- und Umweltschutz konkret: Wie kirchliche Einrichtungen auf dem Weg zum nachhaltigen Kirchenalltag unterstützt werden



Wer kennt das nicht? Der gute Wille zum Umweltschutz und nachhaltigem Handeln ist vorhanden, doch wenn es dann konkret wird, verirrt man sich auf dem Weg zur besten Lösung im Informationsdschungel, es gibt keine klaren Zuständigkeiten oder man fühlt sich allein gelassen. Es zieht sich zu lange hin und die Motivation erlahmt: Man gibt auf, bevor die Umsetzung überhaupt angefangen hat.

von: Katrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ k.saudhof@zgv.info

In manch anderen Gemeinden passiert ganz viel, so lange die eine Person (der „Aktivist“) die Sachen in die Hand nimmt und mit großem persönlichen Einsatz für die Umsetzung sorgt. Fällt diese Person aus oder zieht sich zurück, dann schlafen die Umweltaktivitäten der Gemeinde oftmals ein.

Wie kann man diesen Phänomenen entgegenwirken und die Umweltschutzaktivitäten einer Gemeinde langfristig erfolgreicher und damit auch befriedigender gestalten? Die EKHN hat sich schon früh dazu entschlossen, mit finanzieller Unterstützung des Bundesumweltministeriums ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Im Rahmen der Umsetzung sollen Kirchenmitglieder als Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden. Dazu gehört auch das kirchliche Umweltmanagement-System „Grüner Hahn“. Darin sind einige Schlüsselfaktoren berücksichtigt, um das Engagement einer Gemeinde für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit zum Erfolg zu führen:

1. Teamarbeit

Menschen, die gemeinsam an einer Sache arbeiten, können sich gegenseitig motivieren. Sie bringen verschiedene Talente und Fähigkeiten mit ein, die die Kompetenzen des Teams stärken. Zu Beginn des „Grünen-Hahn-Prozesses“ wird in der Gemeinde ein Umweltteam gegründet, das sich regelmäßig trifft, Aufgaben verteilt und den gesamten Prozess koordiniert.

2. Alle Beteiligten mitnehmen

In allen Phasen werden die konkret Beteiligten bzw. die ganze Gemeinde einbezogen. So können beispielsweise bereits bei der Auftaktveranstaltung mit der Gemeinde Wünsche und Ideen für die Umweltleitlinien und für konkrete Umweltschutzmaßnahmen gesammelt werden. Die Beteiligung stärkt die Identifikation mit dem Umweltengagement und das gemeinsame Tun fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gemeinde.



3. Systematisch vorgehen

Die Einführung des kirchlichen Umweltmanagements erfolgt in klar definierten Schritten. Nachdem die Arbeitsstrukturen geschaffen wurden, stellt das Umweltteam für den ganzen Prozess einen Zeit- und Aufgabenplan auf. Am Anfang steht die Analyse des Ist-Zustandes. Anschließend können die Handlungsbereiche

priorisiert und konkrete Ziele und Maßnahmen abgeleitet werden, die in einem selbst definierten Zeitraum umzusetzen sind. Am Ende der Einführungsphase ist ein Managementsystem entstanden, mit dem vermieden wird, sich zu verzetteln oder aktionistisch weniger sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem ermöglicht es im Vergleich zu Einzelinitiativen die kontinuierliche Verbesserung vieler Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte.

4. Transparenz schaffen

Transparenz ist eine wichtige Grundlage, um die Eigenverantwortlichkeit stärken zu können. Nur wer den Durchblick hat, kann gestalten. Im Rahmen der Bestandsaufnahme werden verschiedene Handlungsfelder unter die Lupe genommen und die Ergebnisse dokumentiert. Beispielsweise ermittelt das Umweltteam Verbräuche von Energie und Wasser, deckt ggf. unklare Zuständigkeiten auf und klärt rechtliche Pflichten bezüglich der Aufbewahrung von Gefahrstoffen. Alle Ergebnisse werden im Grünen-Hahn-Handbuch dokumentiert, das für die Gemeinde einsehbar ist. Außerdem kommen die wichtigsten Erkenntnisse in den Umweltbericht, der zum Ende des Einführungsprozesses veröffentlicht wird.

5. Erreichbare Ziele setzen

Erreichbar erscheinende Ziele motivieren zu Beginn der Umsetzung und befriedigen, wenn sie zu echten Erfolgserlebnissen führen. Die Bestandsanalyse er-

möglichst, Verbesserungspotenziale für die einzelnen Handlungsfelder abzuschätzen und entsprechende Ziele für das Umweltprogramm zu setzen. Im Umweltprogramm werden alle Umsetzungsmaßnahmen aufgeführt, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Damit diese nicht in allzu weiter Ferne liegen, wird das Programm für einen Zeitraum von vier Jahren aufgestellt.

6. Klare Verantwortlichkeiten

Zum Aufbau der Umweltmanagement-Strukturen gehört auch die Klärung von Verantwortlichkeiten. Dazu wird ein sogenanntes Umweltorganigramm für die Gemeinde aufgestellt, aus dem ersichtlich wird, wer für welche umweltrelevanten Bereiche zuständig ist. Wird diese Verantwortung von den Beteiligten angenommen, so ist der wichtigste Schritt getan, um den Umweltschutz in die Routine der gemeindlichen Arbeit zu integrieren.

7. Unterstützung holen

Die Gemeinde wird beim Grünen Hahn nicht allein gelassen, sondern wird bei der Einführung des Umweltmanagements durch einen kirchlichen Umwelt-Auditor bzw. eine -Auditorin begleitet. Umwelt-Auditoren wurden in einer einjährigen Fortbildung dazu ausgebildet, das Umweltteam zu unterstützen. In wichtigen Phasen geben sie Orientierung, helfen mit praktischen Tipps und ggf. bei der Vermittlung einer Fachberatung.

Darüber hinaus steht die Klimaschutzmanagerin des ZGV als Ansprechpartnerin für die Gemeinden zur Verfügung.

8. Erfolge feiern

Die Würdigung des Erreichten ist eine wesentliche Motivation dafür, sich auch zukünftig für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen einzusetzen. Dies kann z. B. über die begleitende Öffentlichkeitsarbeit geschehen, in der aktuelle Erfolge dargestellt werden. Denkbar sind z. B. Artikel im Gemeindebrief oder auch die Organisation eines (kleinen) Gemeindefestes. Außerdem hat der Kirchenvorstand jedes Jahr Gelegenheit, die erzielten Erfolge zu würdigen, wenn das Umweltteam seinen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung vorträgt.



Der Grüne Hahn bietet den Kirchengemeinden noch weitere Chancen. Zum einen bietet die begleitende Öffentlichkeitsarbeit die Gelegenheit, Gemeindeglieder für die Mitarbeit zu gewinnen, die sich bislang nicht aktiv am Gemeindeleben beteiligt haben, und die über das Umweltinteresse zur Kirche finden. Zum anderen stärkt der Grüne Hahn die Glaubwürdigkeit der Kirche als Institution, die für die Bewahrung der Schöpfung eintritt.

Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft

Viele Handlungsfelder, die beim Grünen Hahn bearbeitet werden, wirken sich direkt oder indirekt auf die CO₂-Emissionen aus. In Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen der EKHN ein Umweltmanagement einzuführen, kann darüber hinaus für die Zukunft einen nicht unerheblichen Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft leisten. Denn durch den Grünen Hahn können Strukturen so verändert werden, dass umweltgerechtes und nachhaltiges Handeln zur Alltagsroutine werden. Diese Strukturen ermöglichen es auch, weitere Nachhaltig-

keits-Aktivitäten und -Initiativen damit zu verbinden und über die kirchliche Gemeinde hinaus eine Kraft der Veränderung zu entwickeln.

Konkrete Unterstützung

Im ZGV wurden in den letzten Monaten die Voraussetzungen dafür geschaffen, um Gemeinden und Einrichtungen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Kirchenalltag gut unterstützen zu können. So wurde eine Reihe von Arbeitsmaterialien für die Praxis erstellt, zehn weitere kirchliche Umwelt-Auditoren und -Auditorinnen ausgebildet sowie Informations- und Schulungsangebote entwickelt. Die Kosten für die Begleitung des Prozesses und die Zertifizierung werden aus dem EKHN-Ökofonds finanziert. Darüber hinaus steht jeder zertifizierten Gemeinde ein Zuschuss in Höhe von bis zu 2.500 Euro für konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Verfügung.

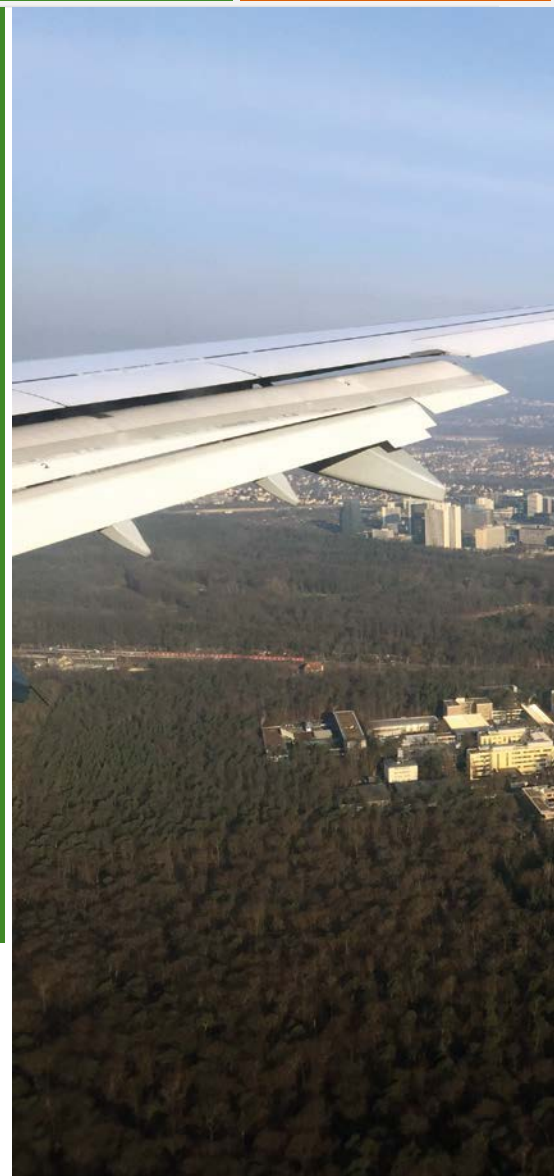
Gut, dass im letzten Jahr weitere Gemeinden und kirchliche Einrichtungen mit dem Prozess begonnen haben. Der nächste Umwelt-Auditoren-Kurs beginnt im März 2017. ■

Zukunftsfähiger und umweltverträglicher Luftverkehr in Deutschland: (Auch) eine kommunikative Herausforderung

Die Verbindung von Zukunftsfähigkeit und Umweltverträglichkeit im Luftverkehr wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Je nach Standpunkt und Interessen kommt es bei ein und derselben Thematik zu unterschiedlichen Gewichtungen.



von: Pfarrer Hans Ulrich Reitzel, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ reitzelhans@gmail.com



Bislang liegt in Deutschland noch kein neues Luftverkehrskonzept vor. Blickt man allein schon auf die vielfältigen wirtschaftlichen, technologischen, landes- und bundesplanerischen Aspekte sowie die Dringlichkeiten mit Blick auf Umwelt und die Belastungen für die Ökologie und die Menschen zeigt sich die Problematik eines Luftverkehrskonzeptes und seiner Umsetzung: Sie ist komplex und vollzieht sich in einem Geflecht widerstreitender Interessen.

Die Perspektive der Politik, die unter anderem verbindliche Regelungen, national und international, Gesetze und die nationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick hat, ist eine andere als diejenige, die bei der Geschäftsplanung von Fluggesellschaften und Flughafenbetreibern im Mittelpunkt steht. Die Perspektive von Fluglärm-Betroffenen ist wieder eine andere und gewichtige Sicht auf den komplexen Problemzusammenhang, sie wird „hautnah“ erlebt in diesem Fall, und an ihr stehen die Aspekte von Gesundheit und öffentlicher Fürsorge für die Unversehrtheit von Menschen sowie die Beteiligung an öffentlichen Großprojekten im Zentrum. Weiterhin leben und arbeiten die Mitarbeitenden eines großen Flughafens wie Frankfurt Rhein-Main und der Unternehmen im Zusammenhang mit diesem

in dem Kontext, der wiederum eine eigene Perspektive generiert. Bei dieser Perspektivenvielfalt spielen nun aber nicht nur Fakten (wie z. B. wissenschaftliche Ergebnisse und daraus gewonnene Erkenntnisse), subjektives Erfahren und damit ebenfalls einhergehende emotionale Haltungen und Betroffenheit eine Rolle, sondern vor allem auch die „Kommunikation selbst“ zwischen diesen divergierenden Perspektiven und Positionen wird zu einem besonderen Faktor, den es zu beachten gilt. Die Frage ist dann, worauf zu achten ist.

Verständigungsprozesse mit gegenseitigem Respekt

Perspektivwechsel, also das bewusste Sich-Hineinversetzen in die andere Perspektive, ist dabei grundlegend. Damit das gelingt, auch entgegen möglichen negativen Erfahrungen mit den anderen beteiligten „Stakeholdern“, ist ein langer Atem ebenso notwendig wie die erklärte Absicht, an solchen Verständigungsprozessen mit gegenseitigem Respekt und der Bereitschaft, sich für Neues zu öffnen, teilzunehmen. Wer kommuniziert, setzt sich einem möglicherweise scharfen Wind aus – und unter Umständen auch aus den eigenen Reihen – und er-

fährt, dass der gute Wille allein nicht zu Konsens sowie praktikablen und alle Interessen bedienenden Lösungen führt. Es liegt in der Natur der Sache, dass z. B. Positionen erhalten oder auch ausgebaut werden wollen und dass es um die Sicherung von zukünftigen Aktionsmöglichkeiten und daraus resultierenden Vorteilen geht. Genauso geht es auch um die Erhaltung von Ressourcen und von Lebensqualität. Übersetzt wird das allerdings je nach Perspektive und Interessen.



Im Grunde ist die angesprochene Verhältnisbestimmung von „Zukunftsfähigkeit und Umweltverträglichkeit“ eingebettet in eine komplexe und spannungsreiche Kommunikationssituation mit widerstreitenden Perspektiven und Positionen.

Der Blick auf das Luftverkehrskonzept trägt dabei ebenfalls zur Komplexität bei, dass nicht nur die Bundesministerien Verkehr, Wirtschaft, Finanzen und Umwelt, die einzelnen Bundesländer, Branchenvertreter sowie die Umwelt- und Lärmschutzinitiativen Teil des Verfahrens sind, sondern auch, dass dieses Konzept idealerweise in die allgemeine Mobilitätsdiskussion (Verkehrsszenarien im Verbund mit Straße, Fluss und Schiene, das Verkehrsverhalten sowie die Entwicklung von technologischer Innovation auf den verkehrsrelevanten Gebieten) einbezogen werden müsste, insbesondere aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Gesundheit der Menschen und einer

vernünftigen zukunftsfähigen, d. h. nachhaltigen Ressourcenökonomie.

Evangelische Kirche als ein Akteur in der Debatte

Als einer der zivilgesellschaftlichen und sozialpolitischen Akteure ist auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) in die Debatte um den Ausbau des Flughafens Frankfurt Rhein-Main seit Jahren auf vielfältige Weise eingebunden. Neben kirchenleitenden und synodalen Stellungnahmen, die eine nachhaltige Gestaltung von Mobilität im Fokus haben, ist der EKHN aber auch an der Ausgestaltung der „öffentlichen Kommunikation“ selbst gelegen. In diesem Zusammenhang haben das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung und das Pfarramt für Gesellschaftliche Verantwortung des Dekanats Frankfurt am Main auf Anregung des EKHN-Beirats Flughafen-gespräche zusammen mit der Evangelischen Akademie Frankfurt im Sep-

tember 2016 zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Besser fliegen?!“ eingeladen.

Daraus kann zukünftig eine Reihe weiterer Dialoge auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher und interessanter Zusammensetzung folgen, welche die Perspektiven eines Entwurfes von Mobilität und die Förderung nachhaltiger Formen von Mobilität, gerade für einen Ballungsraum wie die Rhein-Main-Region, zum Gegenstand hat.

Seitens des EKHN-Beirates Flughafengespräche und des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) gab es auch im letzten Jahr Gelegenheiten, mit verschiedenen Stakeholdern die unterschiedlichen Interpretationen der NORAH-Studie, der derzeit umfangreichsten Studie zu den Auswirkungen von Lärm, auszuloten. Hier bieten sich auch in Zukunft für die EKHN Szenarien zum öffentlichen Dialog an, die dazu beitragen können, den Handlungsbedarf aufgrund der Studie weiterzubestimmen.

Schließlich ist es für gelingende Kommunikation auch notwendig, mögliche gegenseitige Blickverengungen zu überwinden. So wurden in der Reihe informeller Gespräche mit von Fluglärm betroffenen Kirchengemeinden im Umwelt- und Nachbarschaftshaus/Informationszentrum des Forums Flughafen und Region die Aspekte des Flughafenausbaus hinsichtlich des Lärm-Monitoring, passivem und aktivem Schallschutz, der Bedeutung einerseits und der Belastung für die Region andererseits mit der Leitung des Hauses diskutiert.

In dieser Richtung weiterzugehen, bedeutet auch, dass in Gesprächen und im öffentlichen Dialog nicht die wohlbekannten Positionen der Stakeholder reproduziert werden, sondern in einer Form von kreativem Denken neue Weisen des Herangehens an offensichtliche Probleme ausprobiert werden.

Insgesamt ist in dieser „komplexen Kommunikationssituation“ ein Mindset gefordert, das über die eingespielte Praxis der beteiligten Stakeholder hinausgeht und innovative Wege zu beschreiten bereit ist. Das ist immer ein mutiger Schritt, besonders in einem derart komplexen Gefüge. Das Risiko des Status quo ist allerdings nicht selten das größere Risiko – vor allem das der verpassten Gelegenheiten. ■

E-Partizipation und die reale Welt: Jugendliche beteiligen sich an Kommunalpolitik

Im Jahr 2016 untersuchte das ZGV gemeinsam mit der Fach- und Profilstelle Gesellschaftliche Verantwortung der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg, dem Laubach-Kolleg und der Jugendförderung des Landkreises Gießen, ob es gelingen würde, Jugendlichen in kommunalen, gestalterischen Prozessen eine öffentliche Stimme zu verschaffen und sie dadurch auch in Veränderungsprozesse einzubeziehen. Dem Projekt ging die Annahme voraus, dass Jugendliche sich im etablierten

Politikbetrieb kaum Gehör verschaffen können, da sie oftmals nicht „jugendgerecht“ in Planungen vor Ort einbezogen werden. An vier Nachmittagen wurden jeweils 25 Schülerinnen und Schüler des Laubach-Kollegs in das Projekt eingeführt.



von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ m.grunewald@zgv.info

Die Schülerinnen und Schüler sollten überlegen, welche Veränderungen sie sich in ihrem kommunalen Sozialraum wünschen und wie ihre Wünsche umzusetzen sind.

Dieses ohne Vorgaben an den Interessen der Jugendlichen ansetzende Verfahren bildete den Kern des partizipativen Ansatzes, der im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft sinnvollerweise angewendet werden sollte, da eine unvermit-

telte, frühzeitige und direkte Einbindung die Teilhabebereitschaft steigert.

Es bildeten sich fünf Gruppen, die vier unterschiedliche Vorhaben präsentierten. Zwei Gruppen wünschten sich eine Ausweitung der Freizeitmöglichkeiten an einem nahe gelegenen See, eine Gruppe wollte die Anbindung Laubachs an den Schienenverkehr, wie sie schon einmal bestanden hatte, ins Gedächtnis bringen.

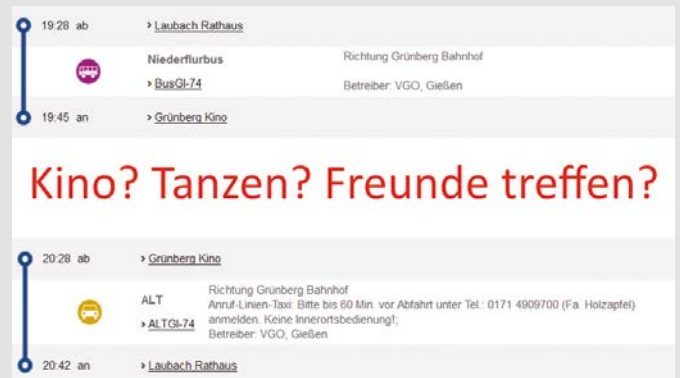
Eine Gruppe trat für die Verbesserung der Naherholungsbedingungen am Laubacher Ramsberg ein, die fünfte Gruppe wünschte sich einen nicht kommerziellen Jugendtreff.

Nachdem die Gruppen ihre Vorhaben besprochen und der Gesamtgruppe präsentiert hatten, ging es im zweiten Abschnitt des Projektes darum, das Anliegen der Kleingruppe in einem maxi-

Screenshot vom 23. Mai 2016, 11:55 Uhr, als der Twitterhinweis rausging



Screenshots zum Clip „Alter Bahnhof. Verbesserung des Nahverkehrs“



Screenshot zum Clip „Ramsberg. Umgestaltung des Naherholungsgebietes“



Vor dem Dreh steht die Planung

mal dreiminütigen Videoclip darzustellen. Mit der Technik hatten die Schülerinnen und Schüler keine Probleme. Sie konnten sich bei der Clip-Erstellung vor allem auf die kreative Umsetzung ihrer Ideen konzentrieren. Denn ein Anliegen in einem kurzen Clip so zu präsentieren, dass fremde Menschen sich den Clip bis zum Ende anschauen, ist nicht einfach.

Die entstandenen Clips wurden der Gesamtgruppe zur Kritik vorgelegt und anschließend überarbeitet.

Auf einem eigens dafür eingerichteten YouTube-Kanal (eine Videoclipsammlung eines Herausgebers) wurden die fertigen Clips veröffentlicht. In verschiedenen sozialen Netzwerken (WhatsApp, Facebook, Twitter etc.) machten die Jugendlichen ihr Anliegen bekannt. Die so geschaffene Öffentlichkeit sollte auf diesem Weg kommunalpolitisch Einfluss ausüben.

Nach einer vierwöchigen Kommunikationsphase wurde der Prozess ausgewertet. Wieviel Personen sahen die Clips? Welche Reaktionen waren zu beobachten? Überraschend war die große Differenz in der Bewertung und Kommentierung.

- Mit 391 Aufrufen und einer Zuschauerbindung von 69 Prozent wurde der „Ramsberg-Clip“, der die Umgestaltung eines Naherholungsgebietes anregt, zum Publikumsrenner. Vor allem in einer lokalen Facebook-Gruppe wurde über das Anliegen breit diskutiert. Konkrete Folgen hatte dies bisher nicht.

- Der Clip, der für die Einrichtung eines nichtkommerziellen Jugendtreffs warb, verursachte die schnellste konkrete Reaktion. Die Jugendlichen wurden zu Gesprächen mit Politikern eingeladen und eine Umsetzung des Anliegens in Aussicht gestellt. Im Juni 2016 stellte der Bürgermeister bei der Stadtverordnetenversammlung den Antrag für die Schaffung eines Jugendtreffs und bereits im Juli wurde er von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Renovierung eines bereits bestehenden Hauses auf dem ehemaligen Minigolfgelände am Ramsberg als Jugendtreff hat begonnen.

- Zwei Clips, die die Verbesserung von Freizeitmöglichkeiten an einem nahegelegenen Badensee thematisierten, erhielten ebenso wenig Aufmerksamkeit wie der Clip, der die Reaktivierung der Eisen-

bahnanbindung zum Inhalt hatte. Deren Auswertung zeigte dann die Schwächen der Projekte und der Clips. So konnten die beiden Clips, die sich mit dem Badensee beschäftigten nicht begründen, warum das vorhandene Angebot an einem ebenfalls nahegelegenen Badensee nicht ausreicht. Aus dem Clip, der sich mit der Bahnlinie beschäftigte, wurde nicht klar, warum es den Initiatoren ging.

Das Projekt begeisterte alle Kooperationspartner von Anfang an. Es wurde deutlich, dass die Jugendlichen an politischer Partizipation grundsätzlich ein großes Interesse und viele Ideen haben und sich gerne in politische Prozesse einbringen, wenn sie drin unterstützt werden. ■

LINKS ZUM PROJEKT:

Internetseite:

hiertestenwir.wordpress.com

YouTube-Kanal:

www.youtube.com/channel/UCVH93rFGI71-1dXFFew5lqA



LÄNDLICHER RAUM

Die komplexe Bedeutung der Biodiversität

Biodiversität ist eine der essentiellen Lebensgrundlagen des Menschen. Biodiversität umfasst die Vielfalt der Arten, die Vielfalt der Ökosysteme sowie die genetische Vielfalt innerhalb einer Art. Erst die riesige Biodiversität hat die Erde zu einem für den Menschen bewohnbaren Planeten gemacht. Biodiversität dient zentral der Ernährung, als Rohstoff, der Aufrechterhaltung von Ökosystemfunktionen, als Quelle für Medikamente, als Vorbild für technische Innovationen, der Erholung. Die fortschreitende Artenerosion bedroht deshalb das langfristige Überleben der Menschheit. Zur christlichen Schöpfungsverantwortung gehört es, der Bedrohung der Arten entgegenzutreten.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum
➔ m.heincke@zgv.info

Bisher sind von den geschätzten weltweit zehn Millionen Tier- und Pflanzenarten erst zwei Millionen Arten genau wissenschaftlich erfasst worden. Die verschiedenen Ökosysteme sind jeweils hochkomplex. Für die Funktionalität einer Lebensgemeinschaft ist nicht die Anzahl der Arten entscheidend, sondern ihre regionalspezifisch richtige Zusammensetzung. Die genauen wissen-

schaftlichen Zusammenhänge der großen ökosystemtypischen Lebensnetze und Nahrungsketten sind bisher oft erst wenig erforscht. Klar ist jedoch, dass im Extremfall bereits der Ausfall eines einzelnen unscheinbaren Gliedes dieser Netze negative Konsequenzen für das ganze Ökosystem haben kann.

Trotz diverser politischer Anstrengungen findet weltweit weiterhin ein rasanter

und gravierender Schwund der Biodiversität statt. Einer der wichtigsten Faktoren dafür ist die Zerstörung von Lebensräumen. Überfischung, Klimawandel, Wilderei, Umweltverschmutzungen, Einschleppung gebietsfremder Arten etc. tragen ebenfalls dazu bei. Die heutige anthropogen bedingte Aussterberate der Arten liegt um den Faktor 1.000 über der natürlichen Rate. Die Internationale Rote Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) weist etwa ein Drittel der erfassten Tier- und Pflanzenarten als bedroht aus (23.928 von 82.945 Arten).

Biodiversitätspolitik

Auf der Ebene der Vereinten Nationen wurde 1992 in Rio de Janeiro die Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity, CBD) beschlossen. Inzwischen haben 193 Staaten die CBD ratifiziert. Die CBD umfasst drei Ziele: die Erhaltung, die nachhaltige Nutzung sowie den gerechten Vorteilsausgleich aus der Nutzung genetischer Ressourcen.

In Deutschland besitzen Umwelt- und Naturschutz Verfassungsrang. Es existiert eine „Nationale Strategie“ zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Bei einzelnen Arten wie Biber, Luchs oder Lachs gab es große Erfolge bei der Wiederansiedlung und Populationsstabilisierung. Insgesamt sind jedoch ca. 70 Prozent der deutschen Biotoptypen gefährdet. Etwa 40 Prozent der wildlebenden Tierarten und ca. 30 Prozent der Farn- und Blütenpflanzen gelten als bedroht beziehungsweise sind ausgestorben. In den Agrarlandschaften gelten vormalige „Allerweltsarten“ wie Kiebitz und Feldlerchen inzwischen als gefährdet, da seit Jahren aufgrund von Nutzungsänderungen große Populationseinbrüche stattfinden.

Biodiversität in Agrarlandschaften

Die hohe Biodiversität in den verschiedenen Kulturlandschaften hat sich unter dem Einfluss jahrhundertelanger landwirtschaftlicher Bewirtschaftung entwickelt. Voraussetzung für ihre Erhaltung ist deshalb der gezielte Schutz gewachsener Systeme und gefährdeter Arten (als Stellvertreterarten mit Mitnahmeeffekt) sowie deren Vernetzung in der Landschaft.

Gewachsene und reife Systeme bzw. Strukturen in der Landschaft sind nicht ersetzbar. Dazu zählen u. a. intakte Böden, über viele Generationen entwickelte Grünlandgesellschaften, Magerrasen, Gewässer, Ackerlebensräume sowie spezielle Lebensraumkomplexe. Die Vielfalt an Tierarten beträgt dabei ein Vielfaches der Pflanzenvielfalt eines Lebensraumes.

Die Biodiversitätsverluste in den Agrarlandschaften waren über die vergangenen Jahrzehnte hinweg gravierend und haben sich in den letzten Jahren sogar noch beschleunigt. Die Bestands-einbrüche sind unübersehbare Warnzeichen für die negative Entwicklung der Lebensräume. Neben spezialisierten Arten sind inzwischen auch viele Populationen von früheren „Allerweltsarten“ stark rückläufig.

Der Schwund der Biodiversität hat viele Ursachen. Dazu zählen u. a. Flächen-, Ressourcen- und Energieverbrauch, Flächenzerschneidung, Immissionen, geänderte Landnutzungsformen, sowie die Folgen der Kumulation dieser Faktoren. Es fand eine Nivellierung der Lebensbedingungen in der Kulturlandschaft statt. Saumstrukturen verschwanden, die Grünlandnutzung wurde intensiviert, die Fruchtfolge eingeeengt und regional fanden stark erhöhte Nährstoffeinträge statt.

Der Biodiversitätsverlust in den Agrarlandschaften kann nicht ohne gravierende Veränderungen der EU-Agrarpolitik

gestoppt werden. Die Agrarförderung muss sich sehr viel stärker als bisher am Schutz von Gemeingütern und der Honorierung von positiven ökologischen Leistungen der Landwirtschaft orientieren. Negative externe Effekte einzelner Agrarbetriebe wie massive Eutrophierungen müssen sehr viel härter sanktioniert werden. Verbraucher können z. B. durch ihr Kauf- und Freizeitverhalten positiven Einfluss auf die Biodiversität nehmen.

Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz verbessern

Die Förderung der Biodiversität kann u. a. deutlich zur Imagepflege des bäuerlichen Berufsstandes beitragen. Denn die Sorge um die Erhaltung natürlicher Kreisläufe und gesunder Nahrungsmittel, führt zu einer zunehmend kritischen Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Agrarsektor.

Außerdem ist die Landwirtschaft von einer großen biologischen Vielfalt zentral abhängig (z. B. Bestäuberleistungen, Bodenbiologie, biologischer Pflanzenschutz, Tier- und Pflanzenzucht). Gleichzeitig ist die für den Naturschutz wertvolle Biodiversität in der Kulturlandschaft nicht ohne die Landbewirtschaftung denkbar. Die Naturwissenschaften liefern lediglich die Wissensgrundlagen für Landwirtschaft und Naturschutz. Biodiversitätsziele werden hingegen aufgrund kulturel-



ler Werte und gesellschaftspolitischer Aushandlungsprozesse festgelegt.

Zwischen Landwirten und Naturschützern gibt es sowohl Gemeinsamkeiten als auch Konflikte. Eine konstruktive Dialogkultur ist für den Erhalt der Artenvielfalt in der „Normallandschaft“ wie auch im Netzwerk Natura 2000 von großer Bedeutung. Zur Dialogkultur zählen Kompromissfähigkeit sowie Prioritätensetzungen bezüglich der realen Zielkonflikte zwischen Ökonomie, Ökologie, Sozialem, Politik und Kultur.

Zur Lösung dieser Konflikte ist genau zu unterscheiden, um welche Art von Streitigkeit es sich handelt. Geht es um die Sachebene oder um unterschiedliche Perspektiven und Prioritäten? Stark polarisierende und unrealistisch verein-fachende Dialoge sind unproduktiv. Wichtig für einen konstruktiven Dialog ist es, miteinander ehrlich umzugehen, statt Floskeln und rein selektive, strategische Argumentationen einzusetzen. Unangenehme Wahrheiten sollten nicht verschwiegen werden, da ein Scheinfrieden niemandem nutzt.

Bei Landwirten sollte vor allem auf Information und Motivierung gesetzt werden. Ihr vorhandenes erfahrungsbezogenes Naturwissen sollte gezielt bewahrt werden. Naturschützer sollten die Bereitschaft haben, faire Brückenbauer zu werden und ihr hohes spezifisches Fachwissen einzubringen.

Ethische Dimension des Biodiversitätsverlustes

Der jährliche weltweite Wert der Agrarproduktion, welche direkt auf die Blütenbestäubung durch Insekten angewiesen ist, beträgt etwa 150 Milliarden Euro. Mit dem Hinweis auf die finanzielle Dimension wird versucht, ein höheres Problembewusstsein zu wecken. Der Erhalt der Biodiversität steht jedoch ebenso mit



Eröffnung der Kampagne „Lebensraum Kirchturm“ mit Klaus Battenfeld, Hess. Umweltministerium, Gerhard Eppler, NABU Hessen, Ulrike Scherf, stellvertretende Kirchenpräsidentin der EKHN, und Pfarrer Martin Fromme, Ev. Marktkirchengemeinde Wiesbaden (v.r.n.l.).



Eine weitere Kampagne – ebenfalls zusammen mit dem NABU – war der Fotowettbewerb „Wilde Blüte“.

ethischen, sozialen, kulturellen und ästhetischen Aspekten in Zusammenhang. Dementsprechend gibt es verschiedene Argumentationsmuster für den Schutz der Biodiversität.

Klugheitsargumente zielen z. B. auf das menschliche ökonomische Eigeninteresse, die genetischen Ressourcen zu erhalten. Gerechtigkeitsargumente zielen

z. B. auf die moralische Verpflichtung, kommenden Generationen ein würdiges Leben zu ermöglichen, wozu sie auch Biodiversität zwecks Ernährung benötigen werden. Glücksargumente beziehen ein, dass z. B. viele Menschen positive Naturerfahrungen als Teil eines „Gelingenden Lebens“ betrachten.

Spirituelle Argumente beziehen sich auf Aspekte wie den Eigenwert von Pflanzen und Tieren, Ehrfurcht vor dem Leben, Offenhalten von zukünftigen evolutionären Entwicklungsmöglichkeiten.

Die biblischen Schöpfungserzählungen erklären Gott als strukturierenden Schöpfer von Räumen (Himmel und Erde, Land und Meer), Zeiten (Tag und Nacht, Wochenrhythmus, Sabbatruhe) und aller vielfältigen Lebewesen. Menschen sollen diese „sehr gute“ Schöpfung sowohl nutzen als auch erhalten.

Das Aussterben von Arten ist deshalb theologisch nicht nur im Kontext des „Ressourcenverlustes“ für den Menschen zu sehen. Manche Christen empfinden tiefe Trauer über das unumkehrbare Verschwinden von wunderbar ausdifferenzierten Gottesgeschöpfen. Andere Christen fühlen sich durch ihren Schöpfungsglauben motiviert, sich für die leidenden stummen Kreaturen einzusetzen.

Papst Franziskus bezieht in seiner Enzyklika „Laudato Si“ von 2015 Stellung. Er schreibt *„Da alle Geschöpfe miteinander verbunden sind, muss jedes mit Liebe und Bewunderung gewürdigt werden, und alle sind wir aufeinander angewiesen.“* Sowie *„Unseretwegen können bereits Tausende Arten nicht mehr mit ihrer Existenz Gott verherrlichen, noch uns ihre Botschaft vermitteln. Dazu haben wir kein Recht.“* ■

Mitwirkung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen

Biodiversität in der Landwirtschaft

Die EKHN hat, vertreten durch das ZGV, von 2014 bis 2016 in der Arbeitsgruppe „Biodiversität in der Landwirtschaft“ mitgearbeitet. In der AG waren Vertreter aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Fischerei und Landschaftspflege. Staatliche Mitarbeiter aus drei Landkreisen, dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH), der Staatlichen Vogelwachturm, dem Naturschutzzentrum Wetzlar sowie dem Umweltministerium arbeiteten ebenfalls mit.

Die AG bewirkte, dass die landwirtschaftliche Officialberatung des Landes Hessen seit Neuestem biodiversitätsfördernde Maßnahmen in der Landwirtschaft mit berät. Auf zehn hessischen Modellbetrieben finden intensive Biodiversitätsuntersuchungen statt. Die AG setzte sich außerdem dafür ein, dass der Landesnaturschutzbeirat jetzt einen Sitz beim LLH – Fachausschuss „Pflanzenbau“ bekam. Für Berufsschäfer führte die AG zwei Anhörungen zu ihren Problemlagen durch. Die AG verständigte sich trotz großer inhaltlicher Differenzen und sehr unterschiedlicher Blickwinkel auf ein gemeinsames Positionspapier mit dem Titel „Biodiversität benötigt Landwirtschaft. Landwirtschaft benötigt Biodiversität“. Dieses Papier wurde im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz 2016 Umweltministerin Priska Hinz übergeben.

Bewusstseinsbildung für Biodiversität

Im Rahmen der AG „Bewusstseinsbildung für Biodiversitätsschutz“, wurden verschiedene Kampagnen angestoßen. Dr. Maren Heincke hat als Botschafterin der EKHN drei Kampagnen gefördert.

- Die EKHN belebte zusammen mit dem NABU die gemeinsame Kampagne „Lebensraum Kirchturm“. Dabei geht es vor allem darum, dass Kirchtürme und -dächer so umgebaut werden, dass Fledermäuse wie das Große Mausohr und Vögel wie Schleiereulen, Falken oder Dohlen dort ein Zuhause finden können.
- Die zweite Kampagne – ebenfalls zusammen mit dem NABU – hieß „Wilde Blüte“. Bei diesem dreimonatigen Fotowettbewerb ging es darum, im Frühjahr wilde Blütenpflanzen in Stadt und Land zu dokumentieren. Es gab ca. 250 Einsendungen. Aus den besten Bildern wurde ein Kalender für das Jahr 2017 erstellt.
- Die dritte Kampagne – zusammen mit dem BUND – umfasste die Verteilung von 15.000 Tütchen mit Kornblumensamen sowie „10 Tipps für den Erhalt der biologischen Vielfalt im Garten und auf dem Balkon“.

Alle drei Kampagnen wurden organisatorisch bzw. finanziell vom Land Hessen unterstützt.

Verantwortung bedeutet Engagement

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN ist seit vielen Jahren eine Einrichtung, in der gesellschaftspolitische Jugendbildung im Rahmen der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) ein fester und geschätzter Bestandteil des über das Kirchengebiet hinausgehenden Angebots ist. Das ZGV hat sich im Jahr 2016 bei der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (aej) für die Finanzierung einer aus Bundesmitteln geförderten Stelle beworben und wurde als eine von sechs Einrichtungen in das Förderprogramm mit einem innovativen Konzept aufgenommen. Leitend war der Gedanke, dass grundsätzliche gesellschaftspolitische Themen auch immer Themen heranwachsender Generationen sind.



von:

Annika Gramoll, Referat Jugendpolitische Bildung
 Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt
 Matthias Faber, Spezialvikar im ZGV

➔ a.gramoll@zgv.info
 ➔ m.grunewald@zgv.info
 ➔ m.faber@zgv.info

Kirche und politische Jugendbildung

Nicht selten begegnet man der Frage, warum sich Kirche in diesem Bereich engagiert. Kirche und Politik – das scheint für einige Menschen nicht zusammenzupassen. Man hört, dass sich die Kirche da heraushalten solle und sich erst Recht nicht in die politische Jugendbildung einmischen dürfe.

Dem gegenüber steht eine Kirche, die in ihrer Verkündigung und ihrem Wirken schon immer öffentlich war. Gänzlich unpolitisch zu sein, ist daher kaum möglich. Ein Rückzug aus diesem Bereich würde doch nur bedeuten, dass „unsere Kirche“ die Fragen und Probleme „der anderen da draußen“ nichts angehen. Doch Kirche ist keine alternative Gesellschaftsform. Sie kann auch schwerlich eine Kontrastgesellschaft sein, denn sie besteht aus Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in dieser Gesellschaft leben.

In dieser Gesellschaft beteiligt sie sich in Kooperation und – wenn nötig – auch im Konflikt. Mit dem Ausspruch von Dietrich Bonhoeffer „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist“ ist diese Aufgabe noch weiter zugespitzt.

Gerade die jüngere deutsche Generation zeigt, wie wichtig es ist, vor gesellschaftlichen Entwicklungen nicht die Augen zu verschließen. Dieser Verant-

wortung kann und will sich eine öffentliche Kirche, wie die EKHN es ist, nicht entziehen.

Zentrale Themen

Nachhaltigkeit und der damit verbundene gesellschaftliche Veränderungsprozess ist das Thema des 21. Jahrhunderts. Auch im ZGV ist das Thema eine wichtige Querschnittsaufgabe (Große Transformation). Die nachhaltige Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft ist ein Anliegen, das auch die Sichtweisen und Wünsche der jungen Generation mit auf-

nehmen muss, wenn sie erfolgreich sein soll. Unser Bestreben ist es, gemeinsam mit Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Konzepte zu entwickeln, die die Thematik näher an die Zielgruppe bringt und deren Sichtweise mit in die Gestaltung der Gesellschaft einbringt.

Mit der Digitalisierung der Gesellschaft geht eine nachhaltig wirkende Mediatisierung einher. Unser Bild der Welt, wie sie uns erscheint, ist heute in der Regel medial geprägt. Scripted-Reality-Formate und soziale Netzwerke geben Einblicke in Welten, die identitätsstiftend wirken. Gerade die sozialen Netzwerke, die von fast allen Jugendlichen genutzt werden, sind entscheidend für ihr Informationsmanagement. Politische Jugendbildung über und in sozialen Netzwerken zu organisieren, ist eine der Herausforderungen, die wir gerne annehmen.

Politische Jugendbildung im ZGV will Jugendlichen den Raum geben, eigene Anliegen und Ziele zu entwickeln und zu formulieren. Dabei ist es wichtig, dass dies in einem gemeinschaftlichen Rahmen passiert, in dem Toleranz auch praktisch eingeübt werden kann. Die Förderung der Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit ist dabei ein wesentliches Ziel. Die Weiterentwicklung der Fähigkeit, Interessen lebenswelt- und zeitnah über digitale Medien öffentlich





zu kommunizieren, ist uns ein weiteres großes Anliegen. Da dies mit vielen, nicht nur rechtlichen Fallstricken verbunden ist, legen wir dabei Wert auf eine selbstverantwortliche und reflektierte Nutzung. Die Stärkung des kompetenten Umgangs mit digitalen Medien ist ein Kernziel unseres Angebots.

Herausforderung Netzwerkarbeit

Die Bildung von Netzwerken für die politische Jugendbildung ist ein zentraler Bestandteil unserer strategischen Perspektive. Die gemeinschaftliche Nutzung von materiellen und ideellen Ressourcen erfordert und ermöglicht eine breitere Abstimmung und kann gleichzeitig die öffentliche Wahrnehmung der Perspektiven erhöhen. Das ZGV arbeitet daher bei allen Vorhaben mit unterschiedlichen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe, der politischen Jugendbildung sowie zivilgesellschaftlicher Institutionen zusammen. Denn eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Arbeit fragt nicht nach Mitgliedschaften. Auch die Vernetzung mit Strukturen innerhalb der evangelischen Kirchen soll verstärkt werden.

Gemeinsam mit dem Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit der EKHN und der Evangelischen Akademie Frankfurt wird bereits seit Jahren jährlich eine Veranstaltung gemeinsam durchgeführt. Eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit in den beiden Themenfeldern wird angestrebt, um so das Netz der politischen Jugendbildung in der EKHN zu stärken.

Daran anknüpfend sind längerfristige Projekte geplant, die verschiedene innovative Modelle der Beteiligung von Jugendlichen in regionalen Gestaltungsräumen ermöglichen, handlungsorientiert durchgeführt und evaluiert werden.

Konkrete Projekte

Als ein Beispiel für die Stärkung und Unterstützung von Netzwerken sei eine Fachtagung der AG Jugendmedienbildung des Netzwerks Medienbildung Südhessen genannt. Dort war, neben anderen Netzwerkpartnern, das Netzwerk gegen Gewalt Hessen eingebunden. Auf der Veranstaltung selbst wurde aus wissenschaftlicher sowie praktischer Sicht der geschlechtersensible Umgang mit Medien behandelt und so der Einfluss

sozialer Netzwerke und Medien auf die geschlechtliche Identitätsbildung von Jugendlichen thematisiert, so dass wertvolle Erkenntnisse für die Arbeit mit Jugendlichen gewonnen werden konnten. Diese sind für eine professionelle Arbeit mit Jugendlichen hilfreich, tragen sie doch zu einem besseren Verständnis von Entwicklungen im Jugendalter bei.

Ein weiteres Beispiel für eine Veranstaltung der politischen Jugendbildung ist das YouTube-Camp, welches explizit für Jugendliche veranstaltet und durch das Dekanat Ingelheim organisiert und durchgeführt wurde. Interessierte Jugendliche kamen dort mit ihnen bekannten YouTuberinnen und YouTubern in



In Netzwerken trägt jeder bei, was er kann.

Kontakt, lernten von ihnen die Hintergründe, Finanzierung und Durchführung ihrer jeweiligen Beiträge auf der Plattform YouTube kennen und kamen mit ihnen ins Gespräch. Das aktuelle Thema YouTube wurde so lebensweltnah aufgegriffen und mit wichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen wie Formen der Monetisierung, Schutz von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz verknüpft.

Im Bereich Nachhaltigkeit und Medienbildung soll die Entwicklung tragfähiger Netzwerke gestärkt werden. Auch hierbei soll die Expertise verschiedener Akteure genutzt werden, um Angebote für Fachkräfte in der Jugendarbeit und auch für Jugendliche selbst zu schaffen. ■

„Miteinander gerecht leben“ – ein Forum zu globalen und lokalen Herausforderungen

Am 20. Februar 2016 war die Ev. Hochschule Darmstadt ein Ort sehr reger und kreativer Diskussionen über die Vision eines gerechten Miteinanders in unserer Gesellschaft. Im Mittelpunkt standen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die damit zusammenhängenden aktuellen und



drängenden sozialen Fragen: bezahlbarer Wohnraum, die ungerechte Verteilung von Arbeit, Flucht und Migration, Generationengerechtigkeit, das Recht auf Gesundheit, die Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Partizipation, ehrenamtliches Engagement und nicht zuletzt die Frage globaler Gerechtigkeit.

von: Winfried Kändler, Referent für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Darmstadt-Stadt
 ☞ winfried.kaendler@ekhn-kv.de

Rund 170 Menschen waren der Einladung des Forums „Kirche findet Stadt“ gefolgt, in dem seit 2012 die drei evangelischen Dekanate Darmstadt-Land, Darmstadt-Stadt und Vorderer Odenwald sowie das katholische Dekanat Darmstadt, die Caritas, das Diakonische Werk, die Evangelische Hochschule Darmstadt sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. zusammenarbeiten.

Am Vormittag stand ein Impulsreferat von dem Sozialethiker und Ökonomen Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, SJ, im Zentrum. Er konstatierte einen „Riss durch Deutschland“ und forderte eine „gesellschaftliche und politische Neuorientierung“, nicht nur in Bezug auf die im Februar alles bestimmende Herausforderung durch die geflüchteten Menschen. Denn die Probleme und Ungerechtigkeiten sind keine Folge dieser Situation, sondern sind Konsequenz jahrelanger ungerechter und nicht vorausschauender Sozialpolitik, in der gesellschaftliche Probleme oft individualisiert worden sind. Ein gerechtes Miteinander braucht dagegen neue ökonomische, sozialpolitische und gesellschaftliche Leitbilder und Strategien, die alle Menschen in diesem Land im Blick haben.

Der Nachmittag des Forums war geprägt von neun Arbeitsgruppen, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die oben genannten Fragen mit Exper-

tinnen und Experten diskutiert haben. Wie kann ihnen begegnet werden und wie können sich Kirchen und Kommunen für ein gerechtes Miteinander einsetzen? In den Diskussionen zeigte sich immer wieder, wie sich die Herausforderungen in Stadt und Land unterscheiden, bedingt vor allem durch die unterschiedliche



V.l.n.r.: A. Allmann, Ev. Dekan Darmstadt-Land, W. Klein, Kath. Dekan Darmstadt, U. Schmidt-Hesse, Ev. Dekanin Darmstadt-Stadt, Prof. Dr. G. Kleiner, Ev. Hochschule Darmstadt, J. Partsch, Oberbürgermeister Darmstadt, R. Lück, Kreisbeigeordnete Darmstadt-Dieburg, Prof. Dr. F. Hengsbach, SJ.

Verteilung von Arbeit, durch die unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen und -entwicklungen sowie die unterschiedlichen Gegebenheiten der Infrastruktur im weitesten Sinne. Die umfangreichen Inhalte dieser Diskussionen wurden in einer Broschüre zusammengefasst, die als pdf angefordert werden kann bei winfried.kaendler@ekhn-kv.de.

Die Frage nach den Möglichkeiten von Kirchen und Kommunen im Hinblick auf die Problematik steigender Ungerechtigkeit war auch die Leitfrage, die das ab-

schließende Podium bearbeitete. Die Teilnehmenden waren sich der Komplexität der Probleme sehr bewusst. Sie unterstrichen die Bedeutung der Bildung für unsere Gesellschaft sowie der Gemeinwesenarbeit, die konkret vor Ort versucht, Armut zu bekämpfen (Jochen Partsch) und problematisierten die soziale Marktwirtschaft, die heutzutage nicht mehr allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen kann (Gabriele Kleiner). Sie sprachen konkrete Probleme an wie die ungerechte Erhebung und Verteilung von Steuern (Ulrike Schmidt-Hesse) und hoben die Bedeutung von Kirche bei der Förderung von demokratischer Beteiligung sowie der Entwicklung neuer Leitbilder hervor (Arno Allmann und Ulrike Schmidt-Hesse).

Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass das Auseinanderdriften von Arm und Reich in unserem Land gestoppt werden müsse. Kirchen und Kommunen müssen dabei an einem Strang ziehen, und zwar sowohl in der praktischen Arbeit vor Ort im Sinne der Gemeinwesenarbeit/Gemeinwesendiakonie als auch politisch in der kritischen Auseinandersetzung und Mitgestaltung auf allen politischen Ebenen. Insbeson-

dere Kirche hat die Aufgabe, sich für diejenigen einzusetzen, die am Rand der Gesellschaft stehen, die ausgegrenzt sind und die für sich keine Zukunft mehr sehen.

Das Forum „Kirche findet Stadt“ (und Land) wird seine Arbeit fortsetzen, um die Frage von Gerechtigkeit und Miteinander immer wieder neu zu stellen. Vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 wird es eine Veranstaltung mit den regionalen Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag mit dem Fokus auf den sozialen Herausforderungen durchführen. ■

Raus aus der Warteschleife: Rein in die Probierwerkstatt



In der Probierwerkstatt der Jugendwerkstatt Gießen gGmbH können Geflüchtete mit geringen Sprachkenntnissen schon erste berufliche Erfahrungen sammeln und dabei noch vieles andere lernen.

von: Pfarrerin Anette Bill, Jugendwerkstatt Gießen
 anette.bill@jugendwerkstatt-giessen.de

Stolz stehen die drei Männer vor ihrem Bauwerk in der Bauabteilung der Jugendwerkstatt. Der beeindruckende Bogen im gotischen Stil hat den Namen „Bogen der Völkerverständigung“ bekommen. Am Anfang wollten Hossein aus dem Iran, Ashraf aus dem Irak und der Syrer Daniel gar nicht so gern zusammenarbeiten.

„Ihr seid nach Deutschland gekommen, weil ihr vor dem Krieg geflohen seid. Wir arbeiten hier alle friedlich zusammen, ganz gleich aus welchem Land einer kommt. Wir wollen, dass ihr das auch probiert“, hat der Fachleiter der Bauabteilung, Freddy Konkoly, für die interkulturelle Kooperation geworben. Es hat die drei jungen Männer ein Stück Überwindung gekostet. Dann aber hat ihre Zusammenarbeit zu einer großen Überwindung von Vorurteilen geführt. In der gemeinsamen Arbeit haben sie mit dem Bauwerk auch gegenseitigen Respekt und Verständnis aufgebaut. Lernen ist ein ganzheitlicher Prozess.

Motiviert zu lernen sind sie alle. Hossein und Ashraf sind Teilnehmer der sogenannten Probierwerkstatt. Dort können Asylsuchende schon vor der Klärung ihres Aufenthaltsstatus für drei Monate teilnehmen.

„Mit der Probierwerkstatt wollen wir die Geflüchteten aus der Warteschleife holen“, beschreibt Mirjam Aasman, Geschäftsführerin der Jugendwerkstatt das Ziel des Projekts. In den Flüchtlingsunterkünften bleiben die Menschen in der Sprachwelt ihrer Muttersprache und sind zum Nichtstun verurteilt. Sie haben keine Möglichkeiten, sich sprachlich oder beruflich weiterzuentwickeln. Außerdem haben sie auch wenig Ablenkung vom „Kopfkino“ der oftmals traumatischen Bilder und Erfahrungen der Flucht.

In der Jugendwerkstatt können die geflüchteten Menschen die Arbeit in der

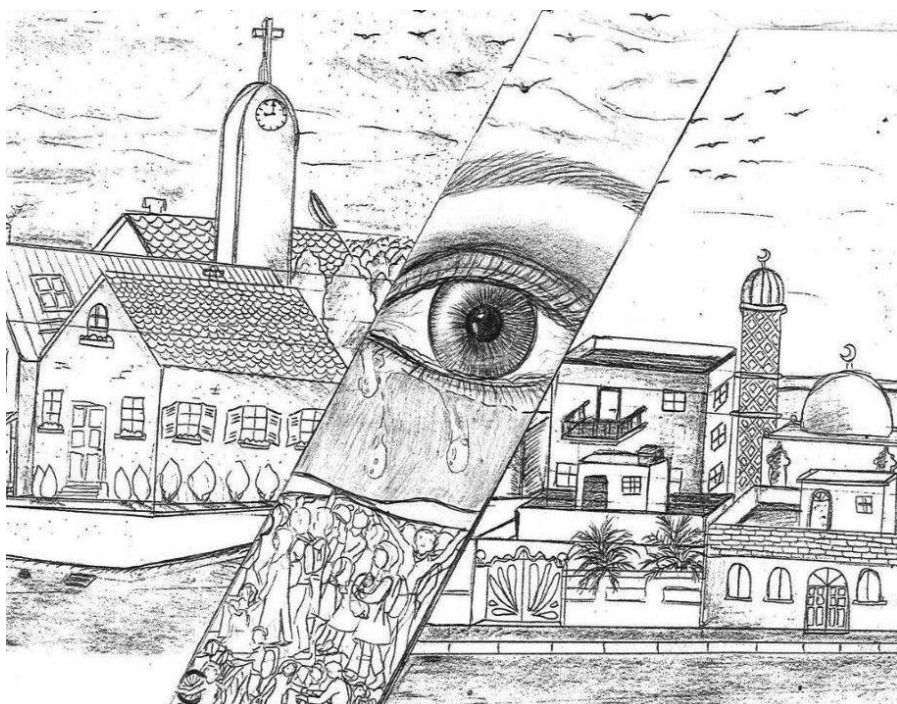


Drei Mitarbeiter der Probierwerkstatt stehen unter dem „Bogen der Verständigung“.

Tischlerei, in der Metall- und in der Fahrradwerkstatt oder in der Abteilung für Holz- und Bautenschutz kennen lernen, auch in der Küche, im Sozialkaufhaus oder in der Textilwerkstatt können sie sich er-

proben. Begleitend zu der Arbeit in den Abteilungen nehmen sie zweimal in der Woche am berufsbezogenen Deutschunterricht teil. Die Kombination von Arbeit in einem deutschen Sprachumfeld und dem flankierenden Sprachunterricht wirkt wie ein Katalysator. „Der Lernerfolg ist immens, sowohl für Menschen mit hoher Schulbildung als auch für Geflüchtete, die in ihrem Heimatland gar nicht oder nur wenige Jahre zur Schule gegangen sind“, stellt Anette Schmidt, die Koordinatorin der Probierwerkstatt, fest.

Super motivierte, schnelle Lerner wie Faten und ihr Mann Ashraf, die aus Mosul geflohen sind und schon auf der Flucht auf jedem Bahnhof mit ihren Kindern Deutsch gelernt haben, haben in den drei Monaten extreme Lernfortschritte gemacht. So kann die 33-jährige Irakerin nach den drei Monaten in der Jugendwerkstatt gleich in einen höheren Sprachkurs eingestuft werden. Faten geht jetzt



Faten, eine junge Frau aus dem Irak, hat ihre Fluchterfahrungen in einem eindrucksvollen Tiefdruck festgehalten.

in den Integrationskurs B1. Die künstlerisch begabte junge Frau aus dem Irak träumt davon, Kunst zu studieren. Im Rahmen eines Kunstprojekts in der Jugendwerkstatt hat sie ihre Fluchterfahrungen in einem eindrucksvollen Tiefdruck festgehalten.

Nematulla hat in seinem Heimatland keine Schule besucht. In der Intensivsprachklasse an der Berufsschule hat er als Analphabet nur geringe Fortschritte gemacht. In der Metallwerkstatt stellen die Fachleiter fest, dass er ein begnadeter Handwerker ist. Die Anerkennung, die er durch die handwerkliche Tätigkeit bekommt, motiviert ihn auch beim Lesen und Schreiben lernen. Er möchte in der Jugendwerkstatt den Hauptschulabschluss nachholen.

Herr J. wirkte sehr misstrauisch, als er in die Holzwerkstatt kam. Er ist schon seit vier Jahren in Deutschland, sprach aber nur wenige Worte Deutsch, als er in die Probierwerkstatt kam. Seine Töchter gehen zur Schule und sprechen schon fließend Deutsch. Auch seine Frau hat gut Deutsch gelernt. Über die Arbeit in der Holzwerkstatt hat Herr J. viel Selbstvertrauen entwickelt. Endlich kann er zeigen, was er kann, und hat das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun. In seinem Heimatland hat er als Elektriker gearbeitet. Handwerkliches Geschick zeigt er ebenfalls im Umgang mit Holz. Auch im Sprachunterricht arbeitet er jetzt genauso intensiv wie an der Werkbank daran, Deutsch zu lernen. Es wirkt so, als hätte er so etwas wie eine Sprachlernblockade überwunden.

„In der Werkstatt läuft vieles zunächst mit nonverbaler Kommunikation“, erklärt Tischlermeister Waldemar Hehn die Vorgehensweise. „Ich demonstriere Herrn J. die Ausführung von Tätigkeiten und er macht es nach, ich korrigiere, wenn nötig.“ Bei komplizierteren Sachverhalten können Kollegen aus dem Kreis der Geflüchteten übersetzen. Manchmal hilft auch eine Übersetzungs-App auf dem Handy gut weiter. „Das alles klappt wunderbar!“, zeigt sich Waldemar Hehn überzeugt. Diese Einschätzung teilen auch Fachleiterinnen und -leiter aus anderen Abteilungen.

Nach anfänglicher Skepsis sind sich alle einig, dass die gemeinsame Förderung von Nichtgeflüchteten und Geflüchteten



Kärtchen helfen beim Deutschlernen.

mit geringen Deutschkenntnissen ein Gewinn ist.

„Die Zusammenarbeit mit Faten macht mir richtig Spaß“, äußert sich Claudia Pitzer, die als Fachleiterin in der Kreativwerkstatt Jugendliche betreut, die von den Anforderungen des Arbeitsmarktes noch weit entfernt sind. Faten steckt die Jugendlichen mit ihrem Engagement immer wieder an. So war es möglich, dass die Kreativabteilung die gesamte Kulisse für ein interkulturelles Theaterprojekt hergestellt hat. Ein Arbeitsergebnis, das allen sehr viel Anerkennung eingebracht hat. Für Faten war es schön zu sehen, dass sie etwas geben kann.

Probierwerkstatt ist mehr als Kontakt ins Arbeitsleben

Am Ende der dreimonatigen Probierwerkstatt bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine ausführliche qualifizierte Teilnahmebescheinigung, die sie zukünftigen Bewerbungen beifügen können. Gerade wenn Zeugnisse fehlen, kann eine frühe Einschätzung der Kompetenzen und Neigungen auch für die Beratenden im Jobcenter eine erste Orientierung geben.

Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Probierwerkstatt geht im Anschluss in einen Integrations-Sprachkurs. Für Hossein konnte ein Praktikumsplatz bei einem Bäcker gefunden werden und Ashraf sucht Arbeit in einer Baufirma, um seine Familie zu ernähren.

Auch wenn die Kommunikation mit geringen Sprachkenntnissen in der Pro-

bierwerkstatt funktioniert, kostet sie doch Aufmerksamkeit und Zeit, die gewerbliche Firmen in der Regel nicht aufbringen.

Die Zeit in der Probierwerkstatt ist für die Teilnehmenden mehr ein erster Kontakt mit dem Arbeitsleben in Deutschland. Sie dürfen das Wartegleis verlassen, auf dem nur Stillstand herrscht. Sie bekommen wieder ein Gefühl von Normalität, von strukturiertem Tagesablauf. Sie nehmen – wenn auch nur drei Monate lang – Teil am sozialen Leben einer Gesellschaft, von der sie ein bisschen mehr verstehen lernen. Das kann richtungsweisend sein.

„Wir hoffen, dass der Landkreis die Finanzierung der Maßnahme im nächsten Jahr fortsetzt. Durch eine Förderung durch die EKHN will die Jugendwerkstatt weitere Plätze in der Probierwerkstatt schaffen. Insbesondere für Frauen möchten wir noch Plätze anbieten und sie noch gezielter ansprechen“, formuliert Mirjam Aasman als Ziele für das nächste Jahr.

„Die Bereitstellung eines beruflichen Erfahrungsraums auch schon für Geflüchtete mit geringen Deutschkenntnissen ist gelebte Willkommenskultur, weil sie die persönliche, die sprachliche und die berufliche Entwicklung fördert und den Geflüchteten von Anfang an Teilhabe ermöglicht. Die Mitarbeit der Geflüchteten ist für alle Beteiligten eine Bereicherung“, resümiert Mirjam Aasman. „Bei der Zusammenarbeit in den Werkstätten werden Verständnis und Respekt füreinander gestärkt. Das ist gelebte Friedensarbeit. Das passt zu uns als Einrichtung in evangelischer Trägerschaft!“



STREIFLICHTER

10 Jahre für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit

Am Donnerstag, dem 1. September 2016, feierte das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (ZGV) seinen zehnten Geburtstag am Standort Mainz mit einem großen Gartenfest. In sommerlicher Atmosphäre genossen 230 Gäste den Abend mit dem Mainzer Kabarettisten Lars Reichow, mit Livemusik der Band „Shook“, vielen Gesprächen und einem regionalen und nachhaltigen Büfett.



„Aus christlicher Verantwortung vor Gott und den Menschen treten wir für eine gesellschaftliche Entwicklung ein, die sozial gerecht und ökologisch verträglich ist.“ Mit diesen Leitworten umschrieb Oberkirchenrat Christian Schwindt in seiner Begrüßungsrede Ziel und inhaltlichen Auftrag des Zentrums.

„Wohin entwickelt sich die Gesellschaft und was kann die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau dazu beitragen, um sie nachhaltig und gerecht zu gestalten? Das sind zentrale Fragen“ so Schwindt weiter, „die unsere interdisziplinäre und vernetzte Arbeit leiten.“

Für Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Nachhaltigkeit zieht sich durch alle Referate des Zentrums. So stand das Jahr 2014 unter dem Motto „Auf geht’s! Den Wandel gestalten“. Zwölf Monate wurde über Mobilität, ökofaires Beschaffen und Kochen, Klimaschutz, Schöpfungsverantwortung, nachhaltige Geldanlagen und die Zukunft der ländlichen Räume diskutiert und Alternativen zur üblichen Praxis erprobt. Das Zentrum ist im Auftrag der EKHN auch fachlich an den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen beteiligt und gehört dem Steuerungskreis für das Klimaschutzkonzept der EKHN an.

TTIP und Biopatente

Themen wie TTIP oder Biopatente auf Pflanzen und Tiere stehen ebenfalls auf der Agenda. In Vorträgen, Veranstaltungen und Stellungnahmen klären die Referentinnen und Referenten über die Risiken auf. Dabei wenden sie sich nicht grundsätzlich gegen Handelsabkommen, sondern befürchten bei dem derzeit vorliegenden Entwurf die Einschränkung demokratischer Rechte. Pflanzen und Tiere sind nach Auffassung des ZGV keine Erfindung und somit nicht patentierbar. Und es geht auch um Gerechtigkeit. Wenn Saatgut patentiert wird, droht eine Monopolisierung der Nahrungsgrundlagen.

Engagement für Sonntagsschutz zeigt Wirkung

Das ZGV engagiert sich seit seiner Gründung für den Sonn- und Feiertagsschutz im Sinne des Erhalts eines wichtigen Sozialstaatsgebots, zuerst mit Aktionen gegen die Börsenöffnung an Feiertagen in Frankfurt, mittlerweile in Allianzen für den freien Sonntag in Hessen und Rheinland-Pfalz und zuletzt in intensiven Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern der Landesregierungen. Das gemeinsame Engagement in den Allianzen trägt Früchte: Urteile des Verfassungsgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichts haben den Sonntagsschutz entscheidend gestärkt. ■



Konfis backen Brot für die Welt: Aktion „5000 Brote 2016“ eröffnet

Am Erntedanksonntag startete erneut die Aktion „5000 Brote“ in Heuchelheim.

In einem gemeinsamen Gottesdienst eröffneten die stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Ulrike Scherf, die Prälatin der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), Marita Natt, und der Geschäftsführer des Bäckerinnungsverbandes Hessen, Stefan Körber, in der Evangelischen Martinskirche in

Heuchelheim, die Aktion „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“.

Die stellvertretende Kirchenpräsidentin der EKHN, Ulrike Scherf, dankte in ihrer Predigt den Konfis und den Bäckern, die für diese Aktion ihre Backstuben geöffnet haben. „Mit den eigenen Händen gemeinsam etwas herstellen und gleichzeitig dabei einen Denkanstoß geben, gelingt nicht vielen Hilfsaktionen. Dafür danke ich allen“, so Scherf.

Es ist bereits das dritte Mal, dass sich Konfirmandinnen und Konfirmanden der beiden hessischen Landeskirchen gemeinsam mit dem Bäckerhandwerk für Jugendliche in Afrika, Lateinamerika und Osteuropa engagieren. Der Erlös kommt Projekten von „Brot für die Welt“ zugute, die Jugendlichen nicht nur eine berufliche Ausbildung ermöglichen, sondern sie auch bei der Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis unterstützen.

Die Idee für „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ entstand vor vier Jahren in Kooperation der beiden evangelischen Kirchen und der Bäckerinnung in Hessen. Angeregt durch den Erfolg der ersten Aktion, beteiligen sich mittlerweile alle Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) daran.

Bei der letzten Aktion vor zwei Jahren haben deutschlandweit über 18.000 Konfis aus über 900 Gemeinden gemeinsam über 70.000 Brote gebacken und damit mehr als 300.000 Euro für „Brot für die Welt“ spenden können. ■



Diakonieforum: Mit dem „Löwen im Herzen“ den Kampf um die Herzen der Menschen aufnehmen

Diakonieforum diskutiert die Frage „Was die Gesellschaft in Zukunft zusammenhält“: Beim Diakonieforum in Frankfurt stellte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung in Hessen, Staatssekretär Jo Dreiseitel, die Fort-

schreibung des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktionsplan II – vor.

Die Hessische Landesregierung stellt in den nächsten Jahren über 1,6 Milliarden Euro für Ausbildungsplatzförderung, Sprachförderung, Ausbau der medizinischen Infrastruktur, Wohnungsbauprogramme, Ausbau der Kindertagesstätten, zusätzliche Lehrerstellen und Qualifikationsmaßnahmen für Ehrenamtliche zur Verfügung.



Staatssekretär Jo Dreiseitel, Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung in Hessen.

Trotz großer Integrationsbemühungen spüre er jedoch stärker werdende Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Manche fühlten sich zurückgesetzt und fürchten den eigenen sozialen Abstieg oder sie fühlten sich überfordert und haben Zweifel an einer gelingenden Integration der Flüchtlinge. Deshalb sei es ihm besonders wichtig, dass die Maßnahmen der

Integrationspolitik nicht nur Flüchtlingen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Integration gelingt dann, wenn in einem gemeinsamen Lernprozess das Verbindende gesucht und Respekt und Vertrauen aufgebaut werden. „Es muss neben allen strukturellen und finanziellen Maßnahmen auch ein ‚Kampf um die Herzen der Menschen‘ beginnen“, so Dreiseitel.

Das Diakonieforum stellt einmal im Jahr ein sozialpolitisches Thema zur Diskussion und wird organisiert von der Diakonie Hessen, der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, vertreten durch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung sowie die Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck. ■



Gottesdienst zum Landeserntedankfest des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz-Süd

Der regelmäßig vom ZGV organisierte ökumenische Gottesdienst zum Erntedankfest des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz-Süd fand 2016 in Ingelheim statt.

In der evangelischen Burgkirche in Ingelheim forderte der Ev. Propst von Rheinhessen, Dr. Klaus-Volker Schütz, in seiner Predigt mehr Anerkennung für die Bauern und Winzer im Land. „Unsere Gesellschaft geht mit der Landwirtschaft oft nachlässig um. Aus Gesprächen mit Landwirten weiß ich, dass die fehlende Anerkennung für geleistete Arbeit mitunter noch schlimmer ist, als das Fehlen angemessener Entlohnung.“

Viele Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände in Rheinland-Pfalz, der Landjugend Rheinhessen-Pfalz sowie Vertreter der Politik waren zu dem Gottesdienst gekommen. Unter ihnen waren der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, Andy Becht, und der Ingelheimer Oberbürgermeister, Ralf Claus.

Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz-Süd, Eberhard Hartelt, zog ein nachdenkliches Resümee zum Erntejahr 2016: „Was mit großer Hoffnung begonnen hat, ist durch den Regen zu Beginn der Spargel-

und Kirschenzeit zunichte gemacht worden. Erst das trockene Wetter der letzten Monate lässt hoffen, dass zumindest die Ernte im Weinbau gut wird.“

Staatssekretär Specht bestätigte, dass 2016 ein hartes Jahr für die Landwirtschaft war: „Früher hat die ganze Bevölkerung in solchen Jahren gelitten. Heute tragen die Landwirte die Sorgen alleine.“ Specht dankte daher den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, für ihre Anstrengungen, die heute in der Öffentlichkeit viel zu wenig wert geschätzt werde.



Wohnen in der Migrationsgesellschaft

Ein Jahr „Wir schaffen das“ – Eine Zwischenbilanz

9. September 2016 • Diakonissenhaus, Frankfurt am Main

Wohnen in der Migrationsgesellschaft

Im September 2016 fand mit Unterstützung des ZGV eine Tagung zum Thema „Wohnungsbau, Quartiersentwicklung und Migrationspolitik“ statt.

Die über 100 Teilnehmer diskutierten über neue Wege im Wohnungsbau und darüber, ob die aktuelle Migrationspolitik zur Realität passe. Für das ZGV übernahm die Referentin Dr. Maren Heincke gemeinsam mit dem LEADER-Manager des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Hannes Werner-Busse, die Diskussion über Einwanderung und die Herausforderung und Chance für ländliche Räume. Veranstalter der Tagung war eine sehr heterogene Gruppe aus den Sektoren Städtebau, Architektur, Migration, Diakonie, EKHN sowie der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

„Die ganze Schöpfung – Lobpreis Gottes“: Schöpfungstag in Bingen ganz im Zeichen von Klimaschutz und Ökumene

Die Sorge um die „Bewahrung der Schöpfung“ stand im Mittelpunkt des sechsten bundesweiten Schöpfungstags der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Für Bingen als Veranstaltungsort hatte sich die ACK entschieden, weil hier die Äbtissin und Universalgelehrte Hildegard von Bingen lebte, die sich besonders mit der Natur auseinandergesetzt hat.

Das Vorbereitungsteam, zu dem u. a. Pfarrer Dr. Hubert Meisinger vom ZGV gehörte, hatte ein vielfältiges Angebot um das Thema „Bewahrung der Schöpfung“ zusammengestellt.

Im Rahmen einer kleinen Umweltmesse präsentierten kirchliche Initiativen Projekte und Ideen für einen nachhaltigen Lebensstil. Das Bistum Mainz verlieh den Umweltpreis 2016 und die rheinland-pfälzische Umweltministerin, Ulrike Höfken, war extra nach Bingen gekommen, um die Auszeichnung der UN-Dekade „Biologische Vielfalt“ an das Gau-Algesheimer Projekt „Kulturimkerei auf St. Cosmas und Damian“ zu überreichen.

Der ökumenische Abschlussgottesdienst des Schöpfungstages bot den Gottesdienstbesuchern ein beeindruckendes Bild gelebter Ökumene. Neben Bischof Wiesemann und Diözesanadministrator Giebelmann wirkten der Präsident der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau, Dr. Dr. Volker Jung, und der ortho-



doxe Erzpriester Radu Constantin Miron sowie die Theologin Dr. Dorothea Sattler, Professorin für Ökumenische Theologie und Dogmatik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, mit.

➔ www.schoepfungstag-hessen.de



Auch im Zentrum wird ein „Grüner Hahn“ ausgebrütet

Als Einrichtung, die sich für den Klimaschutz in der EKHN einsetzt, beschloss das ZGV im Februar 2016 auch im eigenen Haus das Umweltmanagementsystem „Grüner Hahn“ einzuführen. Aktuell läuft die Bestandsaufnahme für die Bereiche Energie, Wasser, Einkauf, Abfall, Mobilität und Artenvielfalt, auf deren Basis dann konkrete Ziele und Maßnahmen für die Verbesserung der Umweltaspekte zu beschließen sind. Die Zertifizierung wird für Ende 2017 angestrebt.

➔ www.zgv.info/das-zentrum/gruener-hahn-im-zgv



Umweltleitlinien des ZGV hier abrufbar

Verantwortung gegenüber der Welt und Gottes Schöpfung



All mein religiöses Denken startet von der Lebenswelt aus. Noch vor der Sehnsucht nach einem Jenseits steht bei mir die Faszination am Diesseits. Theologie beginnt für mich also im Hier und Jetzt.

von: Mirko Webler, Spezialvikar im ZGV → m.webler@zgv.info

Theologisch reflektiere ich zuerst, welche Rolle Gott in meinem Leben spielt und was sich gegebenenfalls daraus für mein Leben ergibt. Diese existentielle Interpretation wirkt sich schließlich auf mein Handeln aus und wird konkret bei der Frage, was ich selbst tun kann, um in meinem Leben sinnstiftend zu agieren. Christlicher Glaube ist für mich daher religiöse Erfahrung und Lebenseinstellung zugleich. Es ist eine Haltung, die ich einnehme und mit der ich immer wieder aufs Neue (hinter)frage, wie ich in der Welt vor Gott stehe oder stehen möchte.

Von dieser Ausgangssituation bzw. Anfrage erhalte ich meine Antwort in der christlichen Botschaft des Evangeliums, die für mich vereinfacht so lauten könnte: Gott kümmert sich! Gott hat die Welt geschaffen und deshalb hat er ein Interesse daran, sie zu erhalten. Diese Botschaft von Gottes Liebe und Hinwendung impliziert für mich ein Verantwortungsbewusstsein: Wenn ich meine Kraft daraus ziehe, dass Gott sich um die Menschen kümmert, und meine positive Lebenseinstellung ihre Energie dadurch gewinnt, dass sich Gott uns Menschen zuwendet, dann ist es meines Erachtens nur konsequent, eine entsprechende Haltung einzunehmen, mit der ich genau das glaubwürdig bezeuge. Das bedeutet wiederum, dass ich mich ebenfalls für die Welt interessiere und mich meinen Mitmenschen zuwende. Die ganze Welt werde ich dadurch kaum retten oder heilen können – gerade hier hoffe ich ja auf Gottes umfassendes Eingreifen. Und trotzdem kann ich mir selbst gegenüber mit dieser Lebenshaltung die Hoffnung auf Gottes Eingreifen aufrechterhalten, weil die Botschaft von Gottes Liebe zumindest an mir und durch mich wirkmächtig wird.

Was ist ein Spezialvikariat?

Nach Beendigung des Vikariates und dem erfolgreich abgelegten zweiten theologischen Examen absolvieren die Vikarinnen und Vikare der EKHN ein sechsmonatiges Spezialvikariat. Dieses dient der Vertiefung eines Arbeitsfeldes, das für das Pfarramt oder für die Aufgabe von Evangelischer Kirche in der Gesellschaft von Bedeutung ist.

Die Vikarinnen und Vikare suchen sich hierzu selbst einen Einsatzort und ein Themenfeld ihrer Wahl. Die Bandbreite möglicher Praktikumsorte und Lernfelder ist dabei sehr weit gespannt. Sie reicht von der Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge, der Mitarbeit im Diakonischen Werk oder im Bildungsbereich und den Medien, über Praktika in politischen Parteien und Wirtschaftsunternehmen bis zu einem Praktikum in den Partnerkirchen der EKHN.

Warum ich also im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung mein Spezialvikariat absolviere? Weil ich mich schon aus meinem Glauben heraus für die Gesellschaft interessiere und es zu meiner christlich-religiösen Lebenseinstellung gehört, dass ich ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Welt und Gottes Geschöpfen empfinde. Wo meine Verantwortung anfängt und wo sie endet, ist dabei das Thema während des Spezialvikariats. Denn ich beschäftige mich in diesen sechs Monaten intensiv mit dem Phänomen des „Burnouts“, das auch vor der Kirche nicht halt macht. Häufig zeigen sich solche Überlastungsstörungen sogar verstärkt im kirchlichen Raum, da die innere Motivation sowie die Hilfsbereitschaft besonders groß ist und dadurch die eigenen Ressourcen zu wenig Beachtung bekommen. Für dieses Risiko möchte ich Mitarbeitende und Ehrenamtliche sensibilisieren – hoffentlich auch über die Zeit des Spezialvikariats hinaus – damit sie für die Sorge um den Nächsten brennen, ohne daran auszubrennen. ■

Moderne Jugendarbeit braucht Medienpädagogik



Für meinen eigenen Weg ins Pfarramt spielte die christliche Jugendarbeit eine entscheidende Rolle. Allerdings ist seit meiner aktiven Zeit dort – wie man so schön sagt – viel Wasser den Rhein heruntergeflossen.

von: Matthias Faber, Spezialvikar im ZGV ➔ m.faber@zgv.info

Die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche heute aufwachsen, haben sich massiv geändert. Eine große Rolle spielt dabei die Digitalisierung unseres Lebens und unseres gesamten Alltages. Diese Entwicklung steht zwar noch am Anfang, jedoch sind die Herausforderungen, die diese Digitalisierung mit sich bringt, bereits deutlich zu spüren.

So ist beispielsweise schon nach der Grundschulzeit die Quote derer, die bereits ein eigenes Smartphone besitzen, bei über 90 Prozent.



Kirche und kirchliche Jugendarbeit kann daher die wachsende Bedeutung der digitalen Welt nicht mehr ignorieren. Will sie weiterhin eine moderne Jugendarbeit leisten, muss sie auf die Veränderungen der Lebens- und Erfahrungswelten von Kindern und Jugendlichen reagieren.

Wobei „modern“ hier für mich auch mit „zeitgemäß“ gleichgesetzt werden kann. Es ist zwar müßig, dennoch scheint es mir, als müsse man es immer wieder sagen: Die jungen Menschen, mit denen wir zu tun haben, leben heute und die Arbeit mit ihnen spielt sich im Hier und Jetzt ab!

In der praktischen Ausbildung wurde die Bedeutung der Digitalisierung – zumindest in dem Kurs, den ich besucht habe – kaum thematisiert. Die Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden wurde eher symbolisch angerissen, indem gemeinsam Jenseitskisten aus Schuhkartons gebastelt wurden. Medienpädagogische Gesichtspunkte spielten dabei allerdings keine Rolle.

Warum war das ZGV für das Vikariat attraktiv?

Im Laufe meines Vikariats hatte ich die Möglichkeit, das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung für eine Woche kennenzulernen. Das Programm gestaltete das Zentrum sehr nah an den zuvor geäußerten Interessen unseres Kurses.

Dazu gehörte vorwiegend die „digitale Welt“ und mögliche Verknüpfungen mit der Jugendarbeit. Die Impulse aus diesen Tagen wirkten bei mir noch lange nach und haben bei mir die Lust geweckt, mich mit diesen Bereichen in meinem Spezialpraktikum eingehender zu beschäftigen.

Im Hinblick auf die kommenden Tätigkeitsfelder im Pfarramt war mein Interesse vorwiegend praktisch orientiert. Anfangs arbeitete ich an einem Projekt, das sich mit der Smartphone-App „Actionbound“ beschäftigte.

Durch die zahlreichen Anregungen durch meinen Mentor Michael Grunewald und diverse Netzwerktreffen, denen ich beiwohnen durfte, merkte ich aber schnell, welche Vielzahl an Angeboten und Möglichkeiten dieses Thema noch bietet. Meine große Begeisterung für die kennengelernten Produkte und Einsatzmöglichkeiten führte dazu, dass ich mir schnell ein Limit für maximal eine Bestellung pro Woche setzen musste.

Ausblick

Wie vielseitig und motiviert in medienpädagogischen Bereichen gearbeitet wird, hat mich dabei immer wieder aufs Neue erfreut. Nicht minder wichtig waren mir dabei die Diskussionen um die Konzepte, die dahinterstehen. Als angehenden Pfarrer freut es mich natürlich, wenn etwas im kirchlichen Kontext Anwendung findet, wobei der Spaß nicht zu kurz kommt. Der Aspekt der Jugendbildung soll dabei natürlich nicht auf der Strecke bleiben. Für mich hat diese „Bildung“ nicht viel mit einer Vermittlung von Wissen zu tun. Viel eher sehe ich mich herausgefordert, Kinder und Jugendliche auf ihrem jeweils eigenen Weg zu religionsmündigen Erwachsenen zu begleiten. ■

Personalien

VERÄNDERUNGEN IM ZGV



Kristina Eifert ist Ende Mai 2016 aus dem ZGV ausgeschieden. Ihre Projektstelle war auf drei Jahre befristet. In dieser Zeit entwickelte sie eine Klimaschutz-ausstellung und veranstaltete gemeinsam mit Jugendlichen eine internationale Jugendklimaschutzkonferenz im Dekanat Vogelsberg.



Mirko Webler arbeitete von Juni bis Dezember 2016 im Rahmen eines Spezialvikariats im Referat Arbeit & Soziales des ZGV. In dieser Zeit beschäftigte er sich mit den Themen Burnout und Überlastungsstörungen.



Matthias Faber war ebenfalls als Spezialvikar im ZGV. Er erarbeitete digitale Angebote für die Jugendarbeit im Pfarramt.



Pfarrerin Ellen Simon beriet von September 2009 bis Mai 2016 Familien mit Landwirtschafts- oder Winzerbetrieben in Rheinhessen bei der Hofnachfolge und -übergabe, finanziellen Sorgen, Betriebsschließungen oder familiären Problemen. Seit Mai 2016 arbeitet sie im Ev. Dekanat Groß-Gerau-Rüsselsheim als Pfarrerin für gesellschaftliche Verantwortung.



Dr. Julia Dinkel verstärkt seit April 2016 das Referat Arbeit & Soziales im ZGV. Arbeitsschwerpunkte der Politikwissenschaftlerin sind Europäische Arbeitsmarktfragen und berufliche Jugendbildung.



Rudi Imhof, Referent für Jugendpolitische Bildung und Nachhaltigkeit, wurde Ende September 2016 in den Ruhestand verabschiedet. Er arbeitete 34 Jahre bei der Ev. Kirche in Hessen und Nassau und war auch viele Jahre Mitglied der Gesamtmitarbeitervertretung.



Annika Gramoll arbeitet seit 1. Oktober 2016 im Referat Jugendpolitische Bildung. Das Arbeitsfeld der Erziehungswissenschaftlerin ist die inner- und außerkirchliche und überregionale Netzwerkbildung zu Fragen der Nachhaltigkeit und der Digitalisierung im Kontext jugendpolitischer Bildung.



Irmgard Reuter, Sekretärin im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, wurde im Dezember 2016 nach 34 Dienstjahren in den Ruhestand verabschiedet. Die letzten 10 Jahre arbeitete sie für das Referat Wirtschaft & Finanzpolitik und vertrat das Leitungssekretariat.

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragte für Steuergerechtigkeit:
Dr. Brigitte Bertelmann

Beauftragter für die Bundesallianz für den freien Sonntag:
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Mieke

Mitglied im Ausschuss Entwicklung in Europa:
Dr. Julia Dinkel

Kammer für soziale Ordnung des Rates der EKD

Dr. Brigitte Bertelmann

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD

Dr. Maren Heincke

Theologischer Ausschuss der Union Ev. Kirchen (UEK)

Pfarrer Dr. Ralf Stroh

NEUE BEAUFTRAGUNGEN



Kathrin Saudhof wurde im November 2016 in die Facharbeitsgruppe „Klimaverträglicher Alltag“ im Rahmen des „Masterplan 100 % Klimaschutz“ der Landeshauptstadt Mainz entsandt.



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger vertritt seit Oktober 2016 die evangelischen Kirchen in Hessen bei der hessischen Nachhaltigkeitskonferenz.



Dr. Brigitte Bertelmann und **Dr. Maren Heincke** sind seit Herbst Mitglieder der Task Force „Ziele und Indikatoren“ der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen.



Adressen

LEITUNG



LEITUNG
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Telefon: 06131 28744-41
c.schwindt@zgv.info



STELLVERTRETENDE LEITUNG
Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info

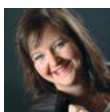


GESCHÄFTSFÜHRUNG
Petra Weller
Telefon: 06131 28744-31
p.weller@zgv.info

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info



Annette Schwinn
Sachbearbeitung
Telefon: 06131 28744-43
a.schwinn@zgv.info

RAUMVERMIETUNG & VERANSTALTUNGSBETREUUNG



Silvia Zerfaß
Hauswirtschaft
Telefon: 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info



Sylvia Krause
Hauswirtschaft

SEKRETARIATE



Ulrike Schwartz
Telefon: 06131 28744-54
u.schwartz@zgv.info



Hans-Peter Wiener
Telefon: 06131 28744-46
h.wiener@zgv.info



Beate Unser
Telefon: 06131 28744-32
b.unser@zgv.info



Petra Böhme
Telefon: 06131 28744-33
p.boehme@zgv.info



Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
h.muench@zgv.info



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

www.zgv.info

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
r.stroh@zgv.info

ARBEIT & SOZIALES



Heike Mieke
Telefon: 06131 28744-45
h.mieke@zgv.info



Marion Schick
Telefon: 06131 28744-51
m.schick@zgv.info



Dr. Julia Dinkel
Telefon: 06131 28744-55
j.dinkel@zgv.info

LÄNDLICHER RAUM



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
h.meisinger@zgv.info



Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info



Pfarrer Hans Ulrich Reitzel
Projektstelle Flughafen
Telefon: 06196 80905827
reitzelhans@gmail.com



Katrin Saudhof
Klimaschutzmanagerin
Telefon: 06131 28744-52
k.saudhof@zgv.info

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Annika Gramoll
Telefon: 06131 28744-49
a.gramoll@zgv.info

NETZWERKE FAMILIE UND LEBEN IM ALTER



Daniela Fahrnbach
Telefon: 06131 28744-33
d.fahrnbach@zgv.info

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
der EKHN
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Redaktion:

Margit Befurt,
Dr. Brigitte Bertelmann,
Christian Schwindt,
Dr. Ralf Stroh

Gestaltung:

Holger Giebeler,
magascreen.com

Korrektorat:

Marthe Thamer

Druck:

Lautertal-Druck,
lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis:

Titelblatt: Landesjugendamt
Ev. Kirche Pfalz,
H. Giebeler,
zapp2photo / fotolia.com,
B. Petri,
fred34560 / fotolia.com,
ZGV

S. 4: H. Giebeler
S. 6: juliabatsheva - fotolia.com,
S. 7-9: zgv
S. 10, 11: N. Feulner
S. 12: zgv

S. 14: zapp2photo / fotolia.com
S. 15: Magascreen
S. 16/17: Aaz Zys / Fotolia.com,
G. Mester
S. 19: G. Mester
S. 21: P.W. Bernecker
S. 23: fred34560 / fotolia.com
Matthias Buehner / fotolia.com
S. 24/25: zgv
S. 26: B. Petri
S. 27: B. Petri, A. Wagenknecht
S. 28: B. Langenhorst
S. 29,30: Landesjugendamt
Ev. Kirche Pfalz

S. 31: R. Keller
S. 32, 33: Jugendwerkstatt Gießen
S. 34-36: zgv
S. 37,38: H.Wiegers
S. 38: zgv
S. 40: Syda Productions /
fotolia.com

Alle übrigen: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU